



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

65 (28.10.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253429](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253429)

über beiden Parteien der nationalen Opposition sich der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei anschließen. Bei künftigen Wahlen wird den Mitgliedern des badischen Landbundes die Wahl zwischen den beiden Parteien der nationalen Opposition freigestellt.

Schmidt-Breiten erklärte darauf seinen Eintritt in die NSDAP. Sodann sprach ferner P. G. B. B. B., der Leiter der Landwirtschaftlichen Abteilung des Gaues Baden der NSDAP. Das Schlusswort sprach der badische Landtagsabgeordnete Hagin, der ebenfalls unter großem Beifall seinen Beitritt zur NSDAP erklärte. Die Existenzfrage des deutschen Volkes stehe auf dem Spiel und der Kampf für Zukunft und Freiheit der Nation müsse zum siegreichen Ende geführt werden. Da heiße es auch für den Bauern politisch Farbe bekennen.

Wir sehen es als ein erfreuliches Zeichen zunehmender deutscher Einigkeit an, daß sich der Landbund in Baden, seine berufsständigen Sonderinteressen hinterstellend, der nationalen Front angeschlossen hat, ja, daß 2 seiner Führer im Landtag als Kämpfer in die Armees Adolfs Hitlers eingetreten sind.

Zeitungsverbot Nr. 114

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat soeben die in Halle a. S. erscheinende nationalsozialistische Halbwochenschrift „Der Kampf“ auf 8 Wochen verboten.

Wieder an erster Stelle

Die Betriebsratwahlen in den Oberschles. Verkehrsbetrieben

Bei den Betriebsratwahlen in dem Oberschlesischen Verkehrsbetriebe L. S. Weichen (Oberschlesische Ueberlandbahnen) konnte die Liste der Nationalsozialisten einen prächtigen Erfolg einheimen und die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Es erhielten:

Nationale Sozialisten	119 Stimmen, 3 Siege;
Rote Gem.-Opposition	29 Stimmen, 1 Ergänzungssitz;
Christliche Gem.	87 Stimmen, 3 Siege.

Wir sehen auch hier, wie der Gedanke Adolfs Hitlers unauflöslich zum Siege fortschreitet. Besonders erfreulich ist das kümmerliche Ergebnis der moskauhörigen Roten Gewerkschaftsopposition.

Barmer Ersparnisse in unserer Hand

Am Donnerstag, den 22. Oktober, fand die Vorstandswahl für die Verwaltungsstelle München der Barmer Ersparnisse statt. Der bisherige Vorstand und Führer der Bankbeamten-Gewerkschaft versuchte in seinem Bericht über die Hauptvorstandstagung seine bisherige Tätigkeit zu rechtfertigen. Noch vor der Wahl aber gab ihm unser P. G. Paul Draken die gebührende Antwort. Unter stürmischen Auseinandersetzungen ging die Wahlhandlung vor sich. Die bisher fast gänzliche Alleinherrschaft der Bankbeamten-Gewerkschaftsgruppe wurde durch uns nunmehr gebrochen! Von rund 600 abgegebenen Stimmen stimmten 303 für unsere und 278 für die gegnerische Liste. Da Listenwahl angelegt war, waren somit nun unsere sämtlichen 5 Vor-

Oppauer Hilfgelder für Pelzmäntel und Kuraufenthalte verpulvert

Im Bayerischen Landtag ergriff am Freitag der Fraktionsvorsitzende der Nationalsozialisten, Dr. Buttman, im Anschluß an die Besprechung über die Feststellungen des Untersuchungsausschusses über die „Sanierungsaktion“ der Regensburger Bezugsvereinigung das Wort zu Enthüllungen über Durchstechereien beim Oppauer Hilfswerk, die im Laufe wie eine Bombe einschlugen und die, wenn sie durch den Untersuchungsausschuß ihre Bestätigung finden, dem Böß-Skandal in Berlin würdig an die Seite zu stellen sind.

Die Angriffe Dr. Buttmanns richteten sich vor allem gegen den jetzigen Innenminister Stübel, der sich durch sein scharfes Vorgehen gegen die Nationalsozialisten bekanntlich einen Namen gemacht hat und der als leinzeitiger Staatskommissar für die Verteilung der aus Anlaß des Oppauer Hilfswerkes gesammelten Gelder verantwortlich ist. Hinsichtlich der Abrechnung dieser Gelder sind bekanntlich in der Pfalz bereits viel Gerüchte über Durchstechereien umgelaufen. Die Enthüllungen, die heute der Abgeordnete Dr. Buttman über die teilweise Verwendungs der Gelder machte, sind geradezu ungeheuerlich.

Danach sicherte vor einigen Monaten in der Pfalz das Gericht durch, daß Akten über diese Abrechnung vernichtet werden sollten. Durch einen Zufall sind diese Akten der Öffentlichkeit erhalten geblieben und in die Hände der nationalsozialistischen Interessensvertreter der Bevölkerung gelangt.

Aus diesen Akten, so erklärte Dr. Buttman im Landtag, gehe hervor, daß öffentliche Gelder durch Bewilligung von dreifachen Gehältern, Geschenken von Pelzmänteln usw. an Beamte gelangt seien, die mit der Abwicklung des Oppauer Hilfswerkes von staatswegen betraut waren. Durch Beschaffung von Gemälden, durch Gestattung eines Kuraufenthaltes in Bad Rissingen usw. seien diesen Beamten Vorteile zugesichert worden in einer Kommission, an deren Spitze der heutige Staatsminister Stübel gestanden habe.

Die Belege dafür, so erklärte Dr. Buttman, habe er in Form fotografischer Ausnahmen der Originalakten in seinem Besitz. Dr. Buttman wies dem Landtag die Fotografe einer Quittung über 3500.— RM. aus öffentlichen Mitteln vor, auf deren Rückseite von der Hand desselben Rechnungsbeamten, der die Quittung ausgestellt hat, der sensationelle Satz steht:

„An Pfarrer Reichling durch Baurat Bahlet bezahlt angeblich für den päpstlichen Orden für Minister Stübel.“

Er erklärte weiter, es stehe ihm ein Originalschreiben zur Verfügung, aus dem hervorgehe, daß in einer Zeit, wo in der Pfalz die Verkehrsmittel lahmgelegt waren, ein Beauftragter der Kommission an den französischen Delegierten der Pfalz herangetreten sei mit dem Ersuchen, daß ein Auto für eine Reise durch die Pfalz zur Verfügung gestellt werde und

Die NSDAP. Deutschlands größte Bauernbewegung!

Ueberraschender Sieg bei der Wahl zur ostpreussischen Landwirtschaftskammer

Trotz gehässigster Angriffe und Verleumdungen, auch sogenannter „nationaler Kreise“, haben die ostpreussischen Landwirtschaftskammerwahlen einen geradezu überraschenden Sieg der nationalsozialistischen Kammerliste gebracht. Wenngleich auch bis heute aus sehr durchsichtigen und verständlichen Gründen der Landwirtschaftsverband Ostpreußen, der bei diesen Wahlen seine eigene Liste gegen die NSDAP. ins Feld führte, bis heute noch nicht das Endergebnis der ostpreussischen Landwirtschaftskammerwahlen durch die Presse bekannt gegeben hat, so läßt sich nach den verschiedenen in München eingelaufenen Teilergebnissen bereits heute ein Sieg der nationalsozialistischen Liste feststellen.

Setzte sich die nationalsozialistische Liste auch in den Kreisen Elbing, Insterburg und im Ermland nicht in der gleichen Stärke durch wie in anderen Kreisen, so zeigen uns die Ergebnisse der anderen Kreise ein für den Vormarsch des Nationalsozialismus bezeichnendes Bild.

Teilergebnisse: Kreis Gerdauen: NSDAP. 584 Stimmen, Landm. Verband Ostpr. 115 Stimmen. Kreis Angerburg: NSDAP. 882 St., LW. 505 St. Kreis Löben: NSDAP. 1287 St., LW. 744 St. Kreis Pr.

Holland: NSDAP. 1586 St., LW. 726 St. Im Kreis Preuß.-Holland führte die gegnerische Liste der früheren Reichsernährungsminister Graf Ranig, der aber nach diesem Ergebnis keine sehr großen Sympathien mehr unter den Bauern zu haben scheint.

Teilergebnisse aus Ostern: Kreis Königsberg: Arnau: NSDAP. 28 Stimmen, LW. 8 St. Waldau: NSDAP. 22 St., LW. 4 St. Heiligenwalde: NSDAP. 50 St., LW. 8 St.

Die nächsten Wochen und Monate werden in allen Teilen des deutschen Reichsgebietes Wahlen zu den Landwirtschaftskammern bringen.

Deutscher Landwirt! Die Nationalsozialisten können für sich das große Verdienst in Anspruch nehmen, nach jahrelangen Ringen die deutsche Bauernschaft aus kleinen Splittergruppen unter den Sturmflaggen Adolf Hitlers zur größten deutschen Bauernbewegung aller Zeiten vereinigt zu haben!

Jeder deutsche Landwirt wählt in die Landwirtschaftskammern nur Nationalsozialisten! Gegen Interessenten- und Verwandtschafts-Cliquen! Für einen sauberen Verwaltungskörper!

Kameraden der SA., der SS., der HJ. und des NSKK.!

Die Tage von Braunshweig sind vorbei. Die Welt hat den gewaltigsten Aufmarsch erlebt, der je in Deutschland gesehen wurde. Ein Abschnitt des heroischen Kampfes liegt wieder hinter uns.

Ich kenne die Opfer, die Ihr gebracht habt zum Seligen des großen Tages, Opfer, wie nur Ihr sie bringen könnt, sonst keine Partei, keine Bewegung der Welt.

Dafür danke ich Euch! Und ich spreche Euch meine freudige Anerkennung aus für das, was Ihr geleistet.

Der Kampf geht weiter! Und daß er zum Siege führt, diesen Glauben hat in Euch und der Welt das SA.-Treffen von Braunshweig unerschütterlich verankert.

Adolf Hitler.

Ein Nationalsozialist Präsident der Bremischen Bürgerschaft

Nun hat der Nationalsozialismus auch Bremen erobert. Die Bremische Bürgerschaft hat Ende letzter Woche den nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Bachhaus, den bisherigen 1. Vizepräsidenten, zum Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft gewählt. Bemerkenswert bei dieser Wahl ist die Rechtsanerkennung der Deutschen Volkspartei, die bei der letzten Präsidentenwahl im Januar h. Js. durch Stimmenthaltung die Wahl eines Sozialdemokraten ermöglicht hatte.

Fanale der Bauernnot!

„Gnade Euch Gott, ihr Volksbedrucker, Wenn der Bauer aufsteht im deutschen Land!“

Dies Wort hat vor 500 Jahren eine verzweifelte Bauernschaft geprägt, der die Ernte vom Felde, das Vieh aus dem Stalle genommen wurde. Der gewaltige Bauernaufstand, der das Nahen einer neuen Epoche kündete, zerbrach. Der deutsche Bauer sank in schmachvolle Abhängigkeit, doch immer wieder fanden die artgebundenen Kräfte zusammen im Kampf für Freiheit und Scholle. Auch heute steht das deutsche Volk geschlossen unter dem Banner der deutschen Freiheitsbewegung; einer für alle, alle für einen, heißt die Parole! Ueberall hält die Schicksalsgemeinschaft der Bauern eifern zusammen in der Verteidigung der heimischen Scholle.

So sollte dieser Tag in einer schleswig-holsteinischen Ortschaft der Hof des Besitzers Hansen auf Betreiben der Landschaft Kiel wegen Zinsrückständen verweigert werden. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht und löste eine ungeheure Empörung aus, die sich zu maßloser Erbitterung steigerte, als bekannt wurde, daß der Herr Oberstaatsanwalt in Kiel es für erforderlich erachtete, Hansen, der aus seiner Beteiligung in der Landvolkbewegung noch eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten abzulassen hat, ausgerechnet für den Tag nach dem Zwangsversteigerungstermin ins Gefängnis zu laden. Tausende Bauern waren zur Stelle, um zur festgesetzten Stunde dabei zu sein und abzuwarten, ob der Wille des Landvolkes vor den ungeheuerlichen Maßnahmen des Leihkapitals weichen müsse. Zehntausende Bauern in Schleswig-Holstein stehen geschlossen hinter einem Berufskollegen. Das bedeutet Macht! Diese lebendige Mauer, die als Schutz die ererbte und erarbeitete Scholle umgibt, werden die Volkstreuer des Leihkapitals nicht durchstoßen können! Auch die elende Zinsknetscherei muß heute irgendwo ein Ende haben. In letzter Stunde wurde hier unter dem Druck der Demonstration das Versteigerungsverfahren eingestellt. Das Bild, das der erscheinende Vertreter der Landschaft seiner Direktion zutragen darf, wird hoffentlich ergiebig wirken. Nicht gegen, sondern mit den Bauern haben die bäuerlichen Geldinstitute zu kämpfen. Wenn der Zins den Bauern von Haus und Hof verjagt, so ist er unsittlich, dann bedeutet er Fluch, gegen den der Lebenswille des Landvolkes aufbegehrt. An der Mauer der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Landvolkes werden und müssen alle jene Kräfte zerbrechen, die benützt und unterwühlt den deutschen Nährboden entwurzeln und vernichten wollen.

Ostpreussischer Bauer im Gefängnis

Der Bauer Fleischmann aus Mostreit, Kreis Niederung, wurde in der vorigen Woche in Rauhshagen verhaftet und zwei Tage im Gefängnis behalten, weil er sich weigerte, den verlangten Offenbarungseid zu leisten. Dem Eingreifen der bäuerlichen Kampfgemeinschaften, die sich im Kreis Niederung gebildet haben, gelang es, Fleischmanns Freisetzung herbeizuführen. Der Andrang der Berufsgenossen vor dem Gefängnis war sehr groß und nahm zum Teil bedenkliche Formen an. Man tat gewiß gut daran, den Bauernkämpfer nicht allzu lange dort in Verwahrung zu belassen.

landsmitglieder und weitere 8 Ersahleute gemählt!

Mit stürmischen Drifusen unserer Anhänger wurde das Ergebnis begrüßt, und fast lautlos zogen die Besiegten ab. Wenn es nun diesmal gelang, bereits die Mehrheit auf uns zu vereinen, so muß es uns bei der nächsten Wahl möglich werden, alle Rassenmitglieder für unsere nationalsozialistische Idee zu erfassen.

Eine Verwaltungsstelle der S. G. A. ist bereits erobert; jetzt gilt es auch, in den übrigen Städten die Führung an uns zu reißen! Der Nationalsozialismus marschiert und verdrängt, auch in der Sozialversicherung die Fäden in die Hand zu nehmen!

Ein deutscher Diplomat über die NSDAP.

Der frühere Botschafter in Tokio Herr Dr. Solz, erklärte kürzlich gegenüber dänischen Pressevertretern, ursprünglich habe er, Dr. Solz, der nationalsozialistischen Bewegung sehr kritisch gegenübergestanden.

Aber diese Bewegung habe doch eine große Anziehungskraft.

Die gute deutsche Jugend gehöre dazu, also müsse an dieser Bewegung etwas sein. Er habe einen guten Eindruck bekommen von der vortrefflichen Disziplin der Nationalsozialisten. Im Kampfe gegen Brüning habe Hitler sich einer Form bedient, die man als Musterbeispiel dafür bezeichnen könne, wie man einen politischen Gegner behandeln müsse.

daß dafür den Franzosen von dieser staatlichen Persönlichkeit die Rekognitionsgebühr angeboten worden ist. In einem diesbezüglichen Schreiben des Kommissionsbeauftragten an den damaligen Staatskommissar Stübel heiße es zum Schluß: „... ich habe auf Ihren ausdrücklichen Wunsch das Gesuch eingereicht und hoffe, daß man mir rechts des Rheines keine Schwierigkeiten macht, wenn man erfährt, daß ich die Gebühr bezahlt habe.“ Dr. Buttman nannte im Zusammenhang mit seinen Ausführungen den Regierungsrat im Sozialministerium Vohlet und den Bezirksamtmann Unger von Ludwigshafen. Er gab seiner Empörung darüber Ausdruck, daß Gelder, die zur Abwendung eines öffentlichen Unglücks bestimmt waren, seitens Beamter der Kommission für ihre Kurgebräuche, für ihre Pelzmäntelbeschaffung und für alle möglichen höchst persönlichen Angelegenheiten verwendet worden sind. Er forderte die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Feststellung dieser ungeheuerlichen Vorgänge, die man nur als Korruption bezeichnen könne.

Der Vorsitzende der Bayer. Volkspartei, Abg. Schäffer, begab sich aus der Sitzung ans Telefon zur Rücksprache mit Minister Stübel und erklärte dann lediglich, Stübel bestreite, daß bei der Verteilung der Gelder Durchstechereien vorgekommen seien, wenn es auch in einzelnen Meinungsverschiedenheiten gegeben habe (!). Ministerpräsident Dr. Held sicherte die Einsetzung einer Untersuchungskommission zu. — Man darf gespannt sein, wie sich die Bayer. Volkspartei, die soeben wieder die Auflösung des ungültigen Landtags hintertrieben hat, sich aus dieser von uns Nationalsozialisten aufgedeckten Affaire herausziehen wird.

Zeichen und Wunder in München

Das Ehrenmitglied der „Deutschen Kunstgesellschaft“, Professor Fritz Behn, der große Bildhauer und ausreichte deutsche Mann, hat der Stadt München ein Bismarckdenkmal gestiftet. Sie hatte nämlich bis dahin noch keines: erstes Wunder. Ohne die geringste Einweihungsfeier wurde das im Stile einer Kolossalstatue gehaltene Standbild an einer Ecke des Bibliothekneubaus des Deutschen Museums aufgestellt, mitten zwischen unaufgeräumten Schutthäufen und Obstkarren: zweites Wunder. Während der ersten Nacht, die der steinerne Bismarck auf diesem denkmalwürdigen Plage zubrachte, wurden ihm zu Füßen zwei Kränze mit schwarzen Schleißen niedergelegt, die folgende Aufschriften trugen: „In Trauer“ und „In Scham“. Wie Fritz Behn mittelt, stammen die Kränze und Aufschriften von ihm; diese entsprächen seinem Empfinden gegenüber den Umständen, unter denen die Stadt und der Staat Bayern dieses Denkmal übernommen hätten. Daß es in Deutschland einen Mann gibt, der sich solches zu tun und zu wagen traut, das ist das dritte Wunder.

Die
8
3
Wi
nur nod
Volk, n
herausge
Frucht
der G
hat, m
werden.
auf dem
es imm
versuchte
versuchte
Schäkten
Das Ne
gläubung
„bakte“
mehr lie
zum gra
Sentimen
lebenbig
wurde u
und w
wirken.
deutsche
verordnu
dieses
gehen w
Inhalt
Spieher,
rot-golde
sterben
Da
eine, die
Steuer
dem rüd
muß. I
10 % d
Abbaues
„zweckm
ab 1. Au
Wir w
ob so et
scheiden.
im Han
zwar w
geschicht
Namen
Man h
Es
Schwarz
der ihm
Dafeln
einlösen
nicht bei
stände.
nach dem
Bemühun
zusammen
in der a
mit jütte
knalligen
Herbstka
nachstehen
Die
mit der
den Nam
dienter
kaffen un
dieser Re
über den
die auf d
Kapitel
„auf
Lond
114 500.—
18 885 800
und Bea
persönlich
Das
84 400 450
sonaletat,
wenigstens
bleiben, d
schätzen in
finden. —

Die lebendige Stadt sticht!

8000 Mannheimer vom Gerichtsvollzieher bedroht - Für 763 Mt. Steuerrückstand 222 Mt. Zinszuschlag in 3 Monaten - Mannheim muß vierteljährlich etwa 300 000 Mt. Steuerzinsen aufbringen

Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen! Viele haben das nur noch nicht recht begriffen. Nur allmählich erkennt das Volk, was es mit der Existenz von den Erfüllungsparteien herausgegebenen Silberstreifen-Parole auf sich hat. Da die Frucht der Erkenntnis nun sehr langsam reift, weil eben der Großteil der Menschheit eine beängstigend lange Leitung hat, mußte diesem Mangel an Auffassungsfähigkeit „gesteuert“ werden. Man war sich anfänglich nicht ganz klar, wie das auf dem wirksamsten Wege geschehen könnte. Man versuchte es immer wieder mit Versprechungen und Phrasen, man versuchte es auch mit Vertuschungen und Verschleiierungen, man versuchte es auch mit Mitteln, die dem Staatsapparat Möglichkeiten erschließen sollten, um ihn im Gange zu halten. Das Resultat dabei war, daß sich erschrecklich viel Fehlbindungen ergaben, daß der Apparat „blockte“, so lange „blockte“, bis der Kolben blockiert war und die „Riste“ nicht mehr lief. Da kam Heinrich Brüning, von der Systempresse zum großen Kanzler emporgelobt, und ersand dank seiner Genialität ein leibliches und geistiges Heilmittel für den lebendig sein sollenden Organismus des Staatsapparates. Es wurde unter dem Namen Notverordnung auf den politischen und wirtschaftlichen Markt geworfen und sollte Wunder wirken. Es hat einiges Aufsehen erregt. Doch der brave deutsche Untertan hat ja schon mehr überstanden als Notverordnungen und so dachte er im Stillen bei sich, daß auch dieses Radikalmittel, dieser bittere Kelch an ihm vorübergehen werde. Allmählich aber zeigen sich infolge des bitteren Scharfes Vergiftungserscheinungen, an denen mancher Speiser, der bislang treu und brav zu der bekannten schwarz-goldenen Fahnenstange gehalten hat, eines qualvollen Todes sterben muß. Seelisch und wirtschaftlich.

Da gibt es nämlich unter den vielen Notverordnungen eine, die bestimmt, daß derjenige Staatsbürger, der mit seiner Steuer im Rückstand bleibt, halbmöndlich 5 % Zuschlag von dem rückständigen Steuerbetrag an den Vater Staat zahlen muß. Früher mußte man bei ähnlichen Fällen im Jahr 10 % bezahlen, heute im Zeitalter des Gehalts- und Lohn-Abbaues 120 %. Die 10 % von früher hat der Fiskus „zweckmäßigkeitshalber“ natürlich belassen und wie gesagt, ab 1. August d. Js. noch 5 % halbmöndlich draufgeschlagen. Wir wollen nun absolut keine großen Betrachtungen anstellen, ob so etwas inswachen ist. Der Leser möge das selbst entscheiden. Wir wollen nur einmal untersuchen, wie sich so eine im Handumdrehen gemachte Notverordnung auswirkt, und zwar wollen wir das tun an einem wahren „Steuer-geplagten“ aus Mannheim, wobei wir uns nur den Namen zu ändern aus Zweckmäßigkeitsgründen erlaubt haben. Man höre:

Es war einmal ein Mannheimer Bürger mit Namen Schwarzbuckel. Er war Geschäftsmann, mit einem Betrieb, der ihm früher ein auskömmliches, wenn auch bescheldenes Dasein gewährte. Herr Schwarzbuckel sollte einen Wechsel einlösen in Höhe von 180 Mark. Das Geld dafür hatte er nicht bei sich. Dagegen hatte er für 930 Mark Aufschüsse. Er machte sich nun auf den Weg, klapperte ein Quadrat nach dem andern ab und erreichte nach einem Tag Incaasso-Bemühungen, daß er abends von den 930 Mark 94,30 Mark zusammenbekam. Als er nach Hause kam, schloß er in der angenehmen Erwartung einer Postcheck-Überweisung mit zitternder Hand seinen Briefkasten auf. Neben einem knalligen Prospekt eines hiesigen Warenhauses, das zum Herbstkauf aufforderte, fand er zu seinem großen Schrecken nachstehendes Zettel:

Kommunalidylle

Idyllische Verhältnisse scheinen in dem brandenburgischen Städtchen Dreßkau zu herrschen. Dort hat im Durchschnitt von den 3015 Einwohnern vom Säugling bis zum Greis jeder jährlich 4.— RM für den Herrn Bürgermeister zu zahlen, der ein Grundgehalt von 8765,18 RM dazu 2600 RM Sonderzuschüsse erhält. Auch der Stadtkämmerer wird unverhältnismäßig hoch bezahlt, während die übrigen Beamten am Hungerstich nagen. Und der Grund? Man braucht nicht weit zu gehen und nur nach dem Parteibuche zu schauen!

Die kostbare Reichsanstalt

Die gesamte Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat mit der Arbeitslosenversorgung praktisch nicht viel mehr als den Namen gemein, dafür fand in ihr jedoch ein Heer verdienstlicher Beamten Versorgung, ähnlich wie bei den Krankenkassen und ihrem parteipolitischen Vorgesetzten. Im Haushalt dieser Reichsanstalt findet man recht aufschlußreiche Zahlen über den „fabelhaft organisierten“ Apparat und seine Kosten, die auf der Allgemeinheit lasten. Da findet man unter dem Kapitel

„laufende Ausgaben“ für Gehälter der Reichsanstalt, Landesarbeitsämter und Arbeitsämter zusammen 64 175 900 RM.

114 500.— RM für „Zulagen und Aufwands-Gelder“, 16 865 800.— RM (!!) unter „Dienstleistungen für Angestellte und Beamte“ und 3 244 350.— RM „zur Verstärkung der persönlichen und sachlichen Kosten“ (was das wohl sein mag?) Das macht zusammen die statische Summe von 84 400 450.— RM. Das ist ein wahrhaft „sozialer“ Personaletat, würdig der sozialen Reichsanstalt. Man sieht dabei wenigstens, wo die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung fließen, die nebenbei u. a. auch für Reisen und Kraftwagenfahrten im Betrage von ca. 5 Millionen beste Verwendung finden. —

Sollbuch/Sollkarte Nr. 777 Pfändungsankündigung.

Herr Schwarzbuckel in Mannheim wird daran erinnert, daß die nachbezeichneten Steuern und steuerlichen Verbindlichkeiten, die bereits fällig geworden sind, noch im Rückstand sind

Schuldgrund (Steuerart usw.)	Hauptschuld		Zuschlag	
	RM	ct	RM	ct
Einkommensteuer				
Körperschaftsteuer				
Vermögenssteuer				
Umsatzsteuer				
Grund- u. Gewerbesteuer	740	—	22	36
Kirchensteuer	23	—		
30% 1 8 — 31. 10 auf 740	222	—		
Wohngebühr				
Pfändungsgebühr	6	30		
	991	30		
	22	36		
Zusammen	1013	66		

Die geschuldeten Beträge müssen bis spätestens 19. 10. 31 an die Finanzkasse — Stadt — in Mannheim bezahlt werden. Sonst wird nach den maßgebenden Vorschriften sofort gepfändet. Mannheim, den 14. 10. 1931

Der Vollziehungsbeamte:
Jakob Schrek.

Herr Schwarzbuckel hat sich nun nicht etwa anschließend entschuldigt, er hat auch nicht geflücht — dazu bräde er die Kraft nicht mehr auf — er ist nur recht sehr erschrocken, weil seine Steuerschuld von ursprünglich 740 Mark Grund- und Gewerbesteuer und 23 Mark Kirchensteuer, zusammen also 763 Mark in der kurzen Zeit auf 1013,66 Mark angeschwollen war.

Er ging nun mit sich zu Rute und beschloß angesichts der um 200 % erhöhten Mannheimer Bürgersteuer, des fälligen Wechsels und anderer fälligen Steuern, sowie der trotz bestem Willen bestehenden Unmöglichkeit seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, den Wechsel zu Protest gehen und sich pfänden zu lassen. Diese Lösung bereitete dem Schrecken ohne Ende ein Ende mit Schrecken, doch Schwarzbuckel wird für alle Zeiten von furchtbaren Qualen erlöst sein und man wird ihn in nicht allzuferner Zeit auf dem Stempelamt sehen können.

Soweit die Geschichte. Und nun bleibt noch folgendes zu sagen: Der Staat ist noch einmal zu seinen Steuergeldern einschließend der Wucherzinsen gekommen. Herr Schwarzbuckel hat aber zum letztenmal Steuern bezahlt. Der Staat, oder richtiger gesagt, die Steuerzahler, die noch nicht dem Gerichts-

vollzieher ausgeliefert wurden, werden Herrn Schwarzbuckel über den Weg des Stempelamtes einen Teil des Geldes wieder zurückerhalten, damit er vegetieren kann, bis auch sie mit ihm allesamt stempeln gehen nach der Melodie des Mannheimer Organs der „Spaltpartei“, daß man solange erfüllen muß, bis gerichtsnotorisch festgestellt ist, daß man nicht mehr erfüllen kann. Diese Zeit dürfte bald erfüllt sein.

Wir wissen und zwar nicht von einem Helfesher, daß bei einem Mannheimer Finanzamt etwa 4000 solcher Pfändungsanträge vorliegen.

Wohlgemerkt, bei einem Finanzamt. Zweie haben wir. Das macht zusammen 8—10 000 Pfändungsanträge für Mannheim, wobei etwa 95 % diesen notverordneten Zuschlag von 120 % pro Jahr Rückstand zu zahlen haben. Nehmen wir bei jedem dieser Steuer- und Zinsforderer eine rückständige Schuld von durchschnittlich 120 Mark an (das ist nicht zu hoch gegriffen). Es liegen Steuerrückstände von einzelnen Personen und Firmen in Höhe von Tausenden von Mark vor, so macht das bei rund einer Million rückständiger Steuer innerhalb 3 Monaten allein für Mannheim einen Zuschlag von 300 000 Mark aus. Jeder Kommentator zu diesen Zahlen könnte nur die Wucht der Anklage gegen das Notverordnungssystem abschätzen. Wir enthalten uns daher. Wir sagen nur soviel:

Mannheim, die lebendige Stadt, ringt mit dem Tode.

Das von den Erfüllungsparteien angepriesene Heilmittel „Notverordnung“ wird den Prozeß beschleunigen. Der Schlingensucher aber muß von unserem ganzen Volke getrunken werden und darum wird auch unser ganzes Volk daran zugrunde gehen. Einen Wunsch haben wir noch. Wir möchten nämlich, daß diejenigen, die die Notverordnung gemacht haben und auch diejenigen, die sie gut heißen, die daraus resultierenden Pfändungsankündigungen ihren Opfern ins Haus tragen müßten. Vielleicht würden sie dann begreifen, was sie angerichtet haben. Die Beamten, die mit ihren abgebauten Gehältern dieses Geschäft besorgen müssen, sind zu bedauern. Was sie alles zu hören bekommen, sollte den Notverordnungsparteien, namentlich dem Zentrum und der Sozialdemokratie, täglich in die mit Parteidreck verstopften Ohren gebläut werden.

Wir sehen an diesem einen Fall: Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Und wer sie trotz dieser Sachlage verliert, versündigt sich an den unglücklichen Opfern, die heute noch immer als „Erfolg“ einer zwölfjährigen Irrsinnspolitik auf den Straßen liegen. Diejenigen aber, die sich in diesen Tagen noch gegen die nationalsozialistische Entwicklung Deutschlands stellen zu müssen glauben, werden in kurzem überrannt, und steil und hoch steigt über diesem furchtbaren Elend anklagend über Deutschland unsere Fahne hoch.

Blicklicht überm Sklarek-Prozeß

Sie pokulierten aus silbernen Gefäßen

Es ist natürlich aus Raumangel ein Ding der Unmöglichkeit, den Mithausen aus dem Sklarek-Prozeß vor unseren Lesern auszubreiten. Zwei Jahre hat die Untersuchung gedauert, in 4 Bänden von 1500 Seiten ist das Ergebnis niedergelegt. Der Sklarek-Skandal ist in seinem Ausmaß eine Sonderausgabe von der täglichen sozialdemokratischen Skandal- und Korruptionswelle. Heute wollen wir nur kurz unseren Scheinwerfer über einen kleinen Verhandlungsausschnitt vom 23. Oktober leuchten lassen.

Zu Beginn der Sitzung überreichte Rechtsanwalt Meyer I dem Gericht einen großen silbernen Pokal, auf dem die Namen Professor Schäfer, Moriz Rosenthal, Fritz Brolat, Oskar Wolf, Gustav Degener, Paul Hirsch Staatsminister a. D., Schneider, Bürgermeister, und die Namen der Brüder Sklarek und der Frauen von Degener und Schneider eingraviert ist. Der Pokal trägt die Inschrift: „Unserer Freundschaft gewidmet; 20. Jänner 1928“.

Rechtsanwalt Meyer I verliest dazu einen Brief der

Frau Max Sklarek, in dem sie schreibt, außerdem seien noch zwei silberne Pokale vorhanden gewesen, die aber vom Konkursverwalter versteigert worden seien.

Der Angeklagte Leo Sklarek behauptet, daß noch zwei andere Pokale vorhanden gewesen seien, die die Namen von einflussreichen Persönlichkeiten getragen hätten. Rechtsanwält Dr. Pindar erklärt, durch diese Pokale sei bewiesen, daß Max Sklarek die großen Beziehungen zu den maßgebenden Leuten allein gehabt habe; denn ihm sei der Pokal gewidmet, während Leo und Will Sklarek nur ihren Namen daruntergesetzt hätten. Auf die Frage, ob denn aus diesem Pokal auch getrunken worden sei, erwidert Leo Sklarek: „Natürlich!“

Nicht nur aus silbernen Pokalen wurde getrunken, sondern, wie festgestellt ist, wurde bei einer Faschingsveranstaltung sogar der Sekt aus Rübeln gekostet. Und wer war dabei? Sklareks und einflussreiche Persönlichkeiten!

Die Judaspartei hat Humor

Auf der Tagung des thüringischen Wahlbezirks der Wirtschaftspartei begründete der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Mollath, sein Verhalten bei der Abstimmung im Reichstag. Nach fast siebenstündiger, teilweise sehr stürmischer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Wahlkreis nach den Ausführungen Mollaths die Energie und die Selbstüberwindung der Reichstagsfraktion (!) anerkenne, die in erster Stunde den Mut aufgebracht habe, eine geschlossene Abstimmung herbeizuführen, in der Überzeugung, daß durch dieses Opfer zwar anscheinend die Regierung Brüning, in Wirklichkeit aber die Zukunft der nationalen Front gerettet werden konnte. Die Reichstagsfraktion habe damit das Vaterland über die Partei gestellt.

Sieh einer an. Die Wirtschaftspartei als Retter der nationalen Front. Man müßte lachen, wenn es nicht zu ernst wäre! Die Reichstagsfraktion hat das Vaterland über die Partei gestellt. Sollte es nicht heißen: „Die Reichstagsfraktion hat den Geldbeutel über das Vaterland gestellt“? Im übrigen fragen wir: Hat die Wirtschaftspartei, als sie dieser Tage im Preussischen Landtag gegen den Mißtrauensantrag gegen den Minister Seeger stimmte, auch die nationale Front gerettet und das Vaterland über die Partei gestellt? Antwort, Herr Jacob Mollath, Mitglied des Verwaltungsrats der Post und der Eisenbahn . . . ?

Die neue Partei, die noch gefehlt hat

In Rheinland ist von einem gewissen Dr. Kunze eine „Katholische Nationalpartei“ gegründet worden, die sich in einem Aufruf an „alle nicht parteigebundenen Katholiken“ wendet. Das Programm lehnt sich auffallend eng an das der Nationalsozialisten an und fordert einen Ständestaat. Allem Anschein nach ist es eine getarnte Zentrumsergänzung, die den Zweck hat, den Abstrom der katholischen Deutschen zur NSDAP. zu verhindern.

Außen-Rudi muß berichten!

Am 14. Oktober erklärte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid im Reichstag, daß er von zuverlässiger Quelle erfahren habe, daß die Bergindustrie von jeder geförderten Tonne Kohle 50 Pfennig den Nationalsozialisten für politische Zwecke zur Verfügung stelle. Nach sachmännlicher Rechnung ergebe dies einen Betrag von rund 50 Millionen.

Herr Breitscheid hat unter dem Druck der Gegenbeweise eingesehen müssen, daß seine Behauptung eine unerhörte Lüge darstellt. Er berichtet und betont in seiner Berichtigung, daß die Quellenangabe sich inzwischen als nicht zutreffend herausgestellt habe!

Außenrudi drückt sich vorsichtig aus, denn wenn die Informationen von maßgebenden Stellen stammen würden, dann dürfte doch kein Irrtum vorkommen. Außenrudi ist aber nicht erst jetzt ein „unsicherer Kantontist“, sondern, wie der „Vorwärts“ bestätigt, war er das schon früher. Am 1. Mai 1918 schreibt nämlich das Zentralorgan der SPD Deutschlands: „Breitscheid ist ein unsicherer Kantontist. Und da verlangt man von den Arbeitern, daß sie einem Manne ihre Stimme geben sollen, dem die eigene Partei nicht über den Weg traut.“ (1)

Wir haben dem nichts mehr hinzuzufügen.

Das badische Polizeiorgan flunkert

In ihrer Nummer 20 vom 15. 10. 1931 bringt „Die badische Polizei“ eine längst widerlegte Lüge marxistischer Gazetten, in der behauptet wird, unser Parteigenosse M. d. R. von dem Knefbeck soll sich in einer Versammlung in Baden gegen die wohlerordneten Rechte des Berufsbeamtentums ausgesprochen haben. Wir haben schon in unserer Nummer 52 vom 9. September 1931 den wahren Inhalt der Rede unseres Reichstagsabgeordneten gebracht. Trotzdem sei nochmals festgestellt, daß Vg. von dem Knefbeck in keiner Art und Weise gegen das Berufsbeamtentum polemisiert hat, sondern lediglich ausführte:

„Wohlerordnete Rechte, Pensionsansprüche des Parteibuchbeamtentums erkennen wir nicht an.“

Da diese Richtigstellung bereits Anfang September in allen nationalsozialistischen Zeitungen veröffentlicht wurde, hätte man eigentlich erwarten sollen, daß der wahre Sachverhalt dem badischen Polizeiorgan nicht mehr unbekannt sei. Es ist bedauerlich, daß ein Organ der Beamtenschaft, das immer „Neutralität“ vorschützt, sich zum Lügenpropaganda marxistisch-jüdischer Gazetten erniedrigt. Im übrigen sind die anderen Behauptungen Unsinn, der sich von selbst richtet.

„Ist das Anstand?“

Unter obiger Ueberschrift veröffentlicht das „Neue Mannheimer Volksblatt“ in seiner Ausgabe vom 20. Oktober 1931 einen Artikel, in welchem es unseren Parteigenossen Pfarrer Münchmeyer (M. d. R.), gemäß der zentralmündlichen Auslegung des größten göttlichen Gebotes: „Liebet eure Feinde“, in einer Art und Weise mit Schmutz beschleudert, wie es eben nur Gazetten, die angeblich für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpfen wollen, fertig bringen.

Der Anlaß zu dieser Hege ist ein Flugblatt, das ohne Unterschrift im Reichstag verteilt worden ist. Es lautet:

„Das wahre Gesicht des Prälaten Leicht und seiner Hintermänner im Zentrum usw.“

Während einer Rede des Prälaten Leicht im Reichstag im Oktober 1930, in der der Herr Prälat auch über Toleranz sprach, rief ihm der Abg. Dr. Frank II (gemeint ist hier der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frank II. Die Red.) zu: „Und wie steht es mit Ihrer Toleranz gegen den Protestantismus?“

Leicht wurde sichtlich verlegen und entgegnete unvorsichtig, aber seine und seiner Freunde wahre Meinung dabei verrätend, etwa folgendes:

„Sorgen Sie dafür, daß die große Sünde, die vor 400 Jahren eingetreten ist und an allem Unglück schuld ist, wieder rückgängig gemacht wird, daß wir nämlich in Deutschland zwei christliche Konfessionen seit jener Zeit haben, dann brauchen wir nicht mehr über Toleranz zu reden!“

Im stenographischen Reichstagsbericht ist dieser Satz herauskorrigiert worden.

Wo liegen jetzt die letzten Pläne des Zentrums und weshalb bemüht es sich, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben, selbst wenn es sein muß, auch mit Unterstützung der Marxisten? —

Und für eine solche Regierung stimmt der Christlich-Sozialen Volksdienst und ähnliche ahnungslose Gemüter!

Das „N. M. V.“ bemerkt hierzu u. a.:

Doch als Prälat Leicht nach allen Seiten hin die Frage stellte, wer sich zum Verfasser dieses unwahren, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, Flugblattes bekennt, da schwierig der anonyme Klientel, obwohl er sich im Saal befand und in den Bänken der Nationalsozialisten saß.

Prälat Leicht ließ in der Zwischenzeit dann nichts unversucht, um diesen Verfasser festzustellen. Das ist ihm erfreulicherweise gelungen, indem die Handschriften verglichen werden konnten. Und just in dem Augenblick, als die Nationalsozialisten nach der Erklärung ihres Führers Frick sich anschickten, den Plenarsaal wieder zu verlassen, trat Prälat Leicht vor die Tribüne und verkündete das Ergebnis seiner Untersuchung:

Der Christlich-Soziale Volksdienst

Von H. Woltersdorfer, M. d. R.

Während der „Redeschlacht“ im Reichstag hat neben der Wirtschaftspartei von den Parteien „der aussterbenden Mitte“ der Christlich-Soziale Volksdienst wohl die jämmerlichste Rolle gespielt. Die beiden Redner dieser Gruppe, der Buchhändler und ehemalige Deutschnationaler Rippel, der Mann mit dem „auswechselbaren Keuheren und Inneren“ und der Professor der Theologie Dr. Strathmann-Erlangen, ebenfalls früher Deutschnationaler und Dames-Jäger, nebenbei ausgezeichnete „Kahenschäfer“, der auch nicht davon zurückschreckt, seinen Grundrückenachtern mit viel Liebe und Tierfreundlichkeit großgezüchtete Angora-Kagen wegzuschleichen, gestiegen sich darin, ausschließlich gegen uns Nationalsozialisten und die übrige nationale Opposition Sturm zu laufen. Kein Wort fanden diese „wunderbaren“ Vertreter der evangelischen Konfession gegen die „Gottlosenpropaganda“ der „rofa“ und „knallroten“ Marxisten, kein Wort gegen den Nordterror der „Reichsjämmerlinge und Moskajünger“ oder den Bolschewismus überhaupt. Kein Wort fand der Professor der Theologie mit den vielen angelegten und nicht gehaltenen theologischen Vorlesungen darüber, daß wir Nationalsozialisten seit Beginn unseres schweren Kampfes auf dem Boden eines positiven Christentums stehen und in tausend und aber tausend von Versammlungen jahraus, jahrein dem deutschen Volke predigten, wie unbedingt notwendig es ist, daß wir unser Volk wieder in christlichem Glauben und in christlicher Moral erziehen müßten. Kein Wort darüber, daß wir in unserer Presse und in unserem gesamten parteiamtlichen Schrifttum immer wieder die Tatsache hervorheben, daß ein Volk, das der Religion entsetzt, sittlich und moralisch verkommen muß. Kein Wort darüber, daß wir durch unsere Lehre Millionen von Volksgenossen, an die die Kirche längst nicht mehr herankam, aus den Reihen „antireligiöser, organisierter Landes- und Volksratsparteien“ zurückgeholt, ihnen wieder die heiligen Begriffe „Gott, Ehre, Freiheit und Vaterland“ als Ideal zurückgegeben haben.

Das ganze Auftreten dieser „sonderbaren“ Vertreter der „evangelischen Religion“ beweist, daß sich unter dem Deckmantel des evangelischen Glaubens leider immer mehr ein

evangelisches Zentrum herantreibt, das genau so, wie die heuchlerische und schneidige schwarze Zentrumspartei die katholischen Gläubigen die evangelischen Gläubigen zu politischen und egoistischen Schiebergeschäften mißbrauchen will.

Die offizielle Erklärung, die der Christlich-Soziale Volksdienst zur Rechtfertigung der Stützung des Zentrums-Kanzlers der Presse übergeben hat, gibt uns außerordentlich zu denken. Dort wird der „Lohn“ für diese Stützung erwähnt, der darin bestehen soll, daß der Kanzler versprochen haben soll, entsprechende Stellen und Posten dem Christlich-Sozialen Volksdienst zu geben. Also für besondere Bevorzugung bei Besetzung von Stellen und Posten für Angehörige des Christlich-Sozialen Volksdienstes, führt man eine Politik, die den organisierten „Gottlosenpartei“ ebenfalls angenehm ist und seinen Anhängern im Lande heuchelt man vor, eine „besondere Vertreterin“ der Religion zu sein. Ist das nicht echte Zentrumsmethode? Wenn unser Herrgott, an den wir so festgefesselt glauben, nochmals auf diese Welt kommen würde, er würde nicht nur die jüdischen Wucherer und Schieber bekämpfen, sondern er würde so manchen „politizierenden Prälaten“ und auch euch, ihr Vertreter des evangelischen Zentrums die Peitsche um die Ohren schlagen und würde euch sagen: „Ihr Heuchler, die Ihr meinen heiligen Namen zu politischen Schiebergeschäften Hand in Hand mit meinen Todfeinden und meinen Mördern mißbraucht, schert Euch zum Teufel; Ihr habt es verdient, meine Vertreter auf dieser Welt zu sein.“

Aus diesen Gründen gilt hier derselbe Satz, den unser Vg. Dr. L. a. M. d. R., gegenüber dem katholischen Christen ausgesprochen hat, der also angewandt auf die evangelischen Christen lauten muß, „Ehrlicher und aufrichtiger Protestant, der Du es mit Deinem evangelischen Glauben und Deinem Herrgott ehrlich meinst, hilf diese „Spottgeburt“ den sogenannten „Christlich-Sozialen Volksdienst“ zerbrechen, auf daß nicht auf die gleiche Weise, wie dies schon Jahrzehntlang beim Zentrum und der Bayerischen Volkspartei geschieht, mit Deiner Religion und Deinem heiligen Glauben politische Schiebergeschäfte und egoistische Postenjägerie getrieben werden kann.“ —

Deutsche, kauft nur bei Deutschen!

Überall im ganzen Reiche werden in diesen Tagen „Deutsche Wochen“ veranstaltet, die den Verbrauchern eindringlich den Wert der heimischen Erzeugnisse beibringen sollen. Das ist eine alte Forderung, die wir seit Jahren aufgestellt haben. Keines der sauberen Großgeschäfte, vor allem die Warenhäuser, kümmern sich darum, denn ihnen kam es ja einzig und allein auf das Geschäft an; die deutsche Sache ist dabei nebensächlich. Nun kommt aber auch das Bildeln her und versucht auf die Art Geschäfte zu machen. Die Warenhäuser des Liep-Konzerns haben jetzt stolz die Schilder ausgehängt:

„Deutsche Woche — Deutsche Arbeit — Deutsche Ware!“ —

So beteiligen sich die Warenhäuser an dieser Aktion für die deutsche Ware und schlagen ihren Rebbach daraus.

Damit ist der ganzen Aktion ihr Hauptmotiv genommen, denn wo der Jude seine Finger hereinsteckt, kann nie etwas Gutes für das deutsche Volk herauskommen. Der Jude ist der Todfeind des deutschen Mittelstandes und wenn man ihn gar noch zu Veranstaltungen für deutsche Waren und deutsche Arbeit heranzieht, dann kommt das Selbstmordabsicht gleich.

Deshalb muß unsere Forderung mehr denn je in die Konsumenten eingehämmert werden:

Deutsche, kauft nur bei Deutschen!!

einer Heftigkeit haben, wie sie im deutschen Lande nicht mehr wiederkehren sollten, solange wir kein einiges Volk sind, werden wir uns nicht durchsehen können.“ (Zuruf der Nationalsozialisten: „Dann muß die Zentrumspartei aufgelöst werden, weil sie eine Konfessionspartei ist.“)

Abgeordneter Leicht: „Sie sind sehr weise, verehrter Herr, ich bin vollständig überzeugt.“

Dann müssen Sie das Ereignis rückgängig machen, das eine Verschlembel der Konfessionen vor Jahrhunderten in Deutschland herbeigeführt hat. Sie, meine Herren Nationalsozialisten, können ja sehr viel, vielleicht bringen Sie auch das fertig.“

Ich glaube zu der Behauptung berechtigt zu sein, daß sinngemäß hierdurch das selbe ausgedrückt ist, was in meinem Schriftstück im Reichstag behauptet war.

Daß durch ein Formalversehen die Nennung meines Namens bei der Wiedergabe der tatsächlichen Auslassungen des Herrn Prälaten Leicht in obiger Sitzung unterblieb, ist dabei wohl vollständig nebensächlich und ohne Bedeutung. Das Wesentliche und Wichtige bei der ganzen Angelegenheit ist und bleibt, daß der Herr Prälat das Obige gesagt hat. Daß seine Worte sich auf die Reformation beziehen, wird er wohl selbst nicht bestreiten können.

Die Behauptung der Zentrums- und anderer gegnerischer Blätter, ich hätte unwahre Verdächtigungen gegen den Prälaten Leicht ausgestreut, was bezeichnend für den Kampf der Nationalsozialisten und der ganzen Opposition sei, die auf eine solche „infame Art und Weise“ nur die Abstimung habe beeinflussen sollen, brandmarkt sich nach allem Obigen selbst.“

Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ bringt hierauf erneut einen Artikel unter der Ueberschrift: „Die Insamie Münchmeyers“, in welchem versucht wird, die Berichtigung unseres Parteigenossen zu entkräften.

Wir stellen trotz allem nochmals fest, daß der stenographische Bericht der Rede des Prälaten Leicht und die Schrift unseres Abg. Pfarrer Münchmeyer im Sinne genommen genau dasselbe bedeuten.

Interessant ist es aber, daß das N. M. V. auf die Berichtigung Pfarrer Münchmeyers, daß er bei der Rede des Prälaten Leicht überhaupt nicht mehr im Plenarsaal anwesend gewesen sei, vollkommen schweigt! Man hat also doch keine saubere Weisheit, denn gelogen ist einmal und etwas wird schon hängen bleiben! Man spekuliert eben auf die Unwissenheit der Leser, verbraucht viele Worte um etwas zu verbergen und schreibt am Ende dasselbe wie der Segner! Das Ganze nennt man dann die „Wahrheitsliebe des Zentrums“!

Nur so weiter gelogen und dem Zentrumsmäher wird es von ganz allein dämmern, von welchem Wortschertum er sich bisher hatte führen lassen.

Deutschland erwacht, trotz aller Lügen!

Weg mit den Juden- u. Marxisten-Blättern! Sie vergiften Euch!

Größt

Endlich, Oberbürgermeister berufen. Wer lügung Dinge tatsächlich inte...
Während...
leiden, viele...
Arbeiter, die...
sind, ihre ma...
erträglicher...
Sitzung

Die Tag...
tungslosigkeit...
als Strafen...
Tagesordnung...
legten Punkt...
Zuschauer glau...
der von welch...
gemeinhalt w...
brücken, wenn...
Hirscher jud...
Di Rom...
Teil de ganz...
und dummen...
oder um sich...
machen. Es...
Fraktion das...
munistischen...
dieser: Unru...
und Herr OB...
die Besucher...
ruhland eines...
Eindruck auf

Gleich zu...
die Erklärung...
Bürgerauschu...
der letzten...
sondersgleiche...
merich...
dem Spre...
glichen w...

Dabei handel...
Schulung un...
Sprichwort...
bekanntlich...
unser Vg. von...
der Glocke...
Der Spr...
Fraktion für...
Stimmen würd...
schienen die...
die Ange...
müssen, b...

Abgesehen da...
aufgebracht...
Kosten der...
Dann erg...
lichen Schmutz...
bedürfnis ab...
damit, daß...
sozialisten...
Angriffen...
richtige Antwo...

Die sch...
istischen Fra...
in diesem...
weder mit...
entschieden, ob...
auf dem Anor...

Bilden S...
ausführ noch...
von Seiten...
uns die Arbel...
batte sehr...
zu sagen habe...
vorliegenden...
dieser — so...
unbedingt ab...
gegeben, von...
um die...

Wir sind...
aber es komm...

Wittmo...
In neuer In...
G. Donizetti...
Donnerstag...
(mittlere...
10 Uhr...
Freitag, b...
„Wunder in...
mann Refen...

In...
Donnerstag...
Jugendstern...
Senal“, Kam...

Groß-Mannheim

Diktator Heimerich!

Endlich, nach 5 Monaten Ruhepause, geruhte der Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich den Bürgerausschuß einzuberufen. Wer annehmen sollte, daß in dieser Bürgerausschußsitzung Dinge behandelt werden, die Mannheims Einwohner tatsächlich interessieren würden, der sah sich bitter getäuscht.

Während in Mannheim 30 000 Arbeitslose bittere Not leiden, viele Geschäftsleute ruiniert werden und tausende von Arbeitern, Beamten und Angestellten freier Berufe gezwungen sind, ihre materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse in unerträglicher Weise einzuschränken, kamen in der Freitagssitzung

die harmlosesten Dinge zur Debatte.

Die Tagesordnung kennzeichnete so richtig die Bedeutungslosigkeit dieser Sitzung. Von Punkt 1 bis 7 nichts als Straßenbauvoranschläge, während der letzte Punkt der Tagesordnung Einrichtung der Moll-Realschule betraf. Beim letzten Punkt kam es zu einer Debatte, wobei der harmlose Zuschauer glauben konnte, es handle sich um einen Entschluß, der von weitestgehender Bedeutung sei. Was da alles gemauschelt wurde, denn anders kann man sich nicht ausdrücken, wenn man dem SPD-Genossen und Juden Dr. Dirschler zuhören mußte.

Die Kommunisten ihrerseits bestritten den humoristischen Teil der ganzen Sitzung, indem sie mit blöden Zwischenrufen und dummen Anspielungen ihre Naresenheit kundtun wollten, oder um sich vor den Zuschauern auf der Tribüne wichtig zu machen. Es war gleichgültig, wer für die kommunistische Fraktion das Wort ergriff, immer kamen dieselben kommunistischen Phrasen dabei heraus. Ihre Absicht war immer dieselbe: Unruhe zu stiften. Der Erfolg blieb auch nicht aus und Herr Dr. Heimerich ließ die Zuschauertribüne räumen, obwohl sich die Besucher harmlos verhielten. Das Hoch auf Sowjetrußland eines Tribünenbesuchers machte nicht den geringsten Eindruck auf die anderen.

Gleich zu Beginn der Sitzung las Vg. von Waldstein die Erklärung der nationalsozialistischen Fraktion zu dieser Bürgerausschußsitzung vor, deren Wortlaut wir bereits in der letzten Folge veröffentlichten. Es war eine Gemeinheit sondergleichen, als schon bei den ersten Worten Herr Heimerich

dem Sprecher der Nationalsozialisten das Wort entziehen wollte, weil er nicht „zur Sache“ sprechen würde!

Dabei handelte es sich um eine Erklärung zur Bürgerausschußsitzung und eine Stellungnahme zur Tagesordnung! Ein Sprichwort ist hier am Platze: Gegen Dummheit kämpfen bekanntlich selbst Götter vergebens! Aber trotz alledem sprach unser Vg. von Waldstein, trotz Störungen und Bimmeln mit der Glocke durch den Sozialbürgermeister, vollkommen zu Ende.

Der Sprecher der Kommunisten gab bekannt, daß seine Fraktion für die Anträge betr. Herstellung der Straßenstimmen würde, da dadurch Arbeit geschaffen würde. Dabei scheinen die Kommunisten nicht zu wissen, daß

die Angrenzer der Straßen 750 000 RM aufbringen müssen, die nicht zuletzt vom schaffenden Volk herausgepreßt werden!

Abgesehen davon, daß der Betrag von den Angrenzern nie aufgebracht werden kann. Es ist wirklich nicht schwer, auf Kosten der Bewohner Straßen bauen zu lassen!

Dann ergriffen mehrere Redner das Wort, um ihren üblichen Schmus an den Mann zu bringen, oder ihrem Redebedürfnis abzuhelfen. Die Kommunisten benutzten ihre Zeit damit, daß sie sich in wüsten Beschimpfungen der Nationalsozialisten ergingen. Doch Vg. Stv. Fehrmann ergriff noch den Angriff eines Kommunisten das Wort und gab ihnen die richtige Antwort, wenn er ausführte:

„Die schriftlich vorliegende Erklärung der nationalsozialistischen Fraktion stellt fest, daß es gar keinen Zweck hat, in diesem Gremium über Anträge zu debattieren, die entweder mit großer Mehrheit im Sinne des herrschenden Systems entschieden, oder aber, bei einer anderslautenden Entscheidung, auf dem Anordnungswege durchgeführt werden.“

Wissen Sie sich doch nicht ein, daß Sie hier im Bürgerausschuß noch etwas zu bestimmen haben. Wenn man uns von Seiten der Kommunisten den Vorwurf macht, wir hätten uns die Arbeit mit einer generellen Ablehnung jeglicher Debatte sehr leicht gemacht, da wir sachlich wahrscheinlich nichts zu sagen haben, so können wir Ihnen mitteilen, daß in der vorliegenden Fassung der Anträge für die Straßenbauten wir dieselben — falls dieses Haus noch etwas zu sagen hätte — unbedingt ablehnen, weil die großen Summen, wie oben angegeben, von kleinen Leuten herausgepreßt werden, und dann

um die Pumpwirtschaft der verschuldeten Stadt zu verhindern.

Wir sind durchaus für jedes Arbeitsbeschaffungsprogramm, aber es kommt hier auf die Finanzierung an. Die sich selbst

so sehr preisenden Herren von der SPD, sollen sich doch daran erinnern, daß auch unsere Fraktion bei der Etatberatung mindestens genau so viel Anträge wie die SPD, eingebracht hatte. Unsere Anträge gingen dabei, im Gegensatz zu denen der Kommunisten, in der Erschließung neuer Geldquellen viel weiter, da nicht nur Abstriche, sondern auch neue Einnahmequellen gezeigt wurden. Hätte man diese Anträge seiner Zeit nicht in Rauch und Bogen abgelehnt, so könnte man heute ein Arbeitsbeschaffungsprogramm entwickeln, von denen auch die Herren von der SPD, gar nicht träumten.

Im übrigen kann man im gegenwärtigen System wohl kaum eine Sonderpolitik in einer kleinen Stadtgemeinde machen, wenn die Reichs- und Landespolitik nicht geändert wird. Und wenn die Kommunisten genau wissen wollen, was wir machen würden, so rufen wir Ihnen zu,

treten Sie weg, wie stehen vor der Tür!

Die Versuche der Kommunisten, uns als Scheinsozialisten und Arbeiterverräter hinzustellen und uns sogar mit der SPD in einen Topf zu werfen, sind längst abgedroschene Phrasen. Schon die nächsten Monate werden zeigen, ob das Volk mit den Nazis geht, oder mit uns!

Nach den Worten des Vg. Fehrmann fand die Abstimmung statt. Die Vorlagen wurden angenommen.

Nachdem man sich noch über die letzte Vorlage eine Stunde lang gestritten hatte, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vielleicht ruft Herr Dr. Heimerich nach einem halben Jahr den Bürgerausschuß wieder einmal zusammen, um irgendwelche harmlose Dinge zur Debatte zu stellen.

Zu sagen hat der Bürgerausschuß nichts mehr. Dr. Heimerich ist ja nach der letzten badischen Notverordnung Diktator geworden!

Die „Freie Turnerschaft“ trauert!

Wie wir seinerzeit in mehreren Artikeln berichteten, sollte auf Grund eines Stadtratsbeschlusses der obengenannte sozialdemokratische Verein von der Stadt mit

jährlich 1700.— RM

finanziell unterstützt werden. Als „Gegenleistung“ sollte die Turnhalle in seinem Vereinshaus der Seckenheimer Volksschule an einigen Wochentagen zu Turnzwecken überlassen werden. Unsere Leser erinnern sich auch des Artikels im „Sachsenring-Blatt“ Nr. 56 vom 23. September: „Eine Blüte der Wirtschaftspartei, Heinrich, mir graut vor Dir!“, in dem Stadtrat Heinrich Schneider von der Wirtschaftspartei gründlich unter die Lupe genommen wurde, weil seine Stimme damals den Ausschlag gab.

Wir interessierten uns nunmehr für den derzeitigen Stand der Angelegenheit und wandten uns um Auskunft an unsere Stadtratsfraktion. Von dort erfahren wir, daß sich unsere Fraktion beschwerdeführend an die Staatsaufsichtsbehörde gewandt und die

Außerkräftsetzung des Stadtratsbeschlusses

gefordert hat. Unsere Stadtratsfraktion stützte sich dabei auf dieselben Bestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. 6. 31, auf Grund deren kurze Zeit vorher schon einmal ein Beschluß des Stadtrates außer Kraft gesetzt worden war. (Zurücknahme der Kündigungen bei der Stadt, Straßenbahn).

Die Staatsaufsichtsbehörde mag sich in einer schönen Zwickmühle befinden haben. Peinlich, wenn man von der

Sozialdemokratie sanktionierte Notverordnungen

gegen sozialdemokratische Stadträte anwenden muß! Wie mag man krampfhaft noch einem Ausweg gesucht haben! Und siehe da, er fand sich in Gestalt einer zwar sicherlich verhaubten, aber immerhin noch geltenden gesetzlichen Vorschrift. So kamen die roten Turner um 1700.— RM und ein sozialdemokratischer Verein um die Möglichkeit

seiner Schulden mit städt. Mitteln

begleichen zu können. Wir kondolieren!

Nachstehend die Antwort der Staatsaufsichtsbehörde auf die Beschwerde unserer Stadtratsfraktion:

Bad. Landeskammerpräsident Mannheim, 19. Oktober 1931.
Nr. 15311
Auf die Eingabe vom 10. Oktober 1931, hier: Die Mietsache eines Turnsaales.

In einem an das Stadtschulamt Mannheim gerichteten Erlaß hat der Minister des Kultus und Unterrichts unterm 13. 10. 31 ausgeführt, daß in stangemäßer Anwendung der für die Erstellung von Neubauten und für Vornahme von Änderungen an bestehenden Volksschulgebäuden gegebenen Vorschriften die Anmietung der Turnhalle in Seckenheim für Zwecke des Turnunterrichts an der Volksschule der Genehmigung des Unterrichtsministeriums bedürftig wäre. Nach den gegebenen Verhältnissen (! Neb.) könne diese Genehmigung nicht in Aussicht gestellt werden (! Neb.).

Damit dürfte die Anmietung der Turnhalle der freien Turnerschaft in Seckenheim zum Zwecke des Unterrichts in der Volksschule ihre Erledigung gefunden haben.

gez. Scheffelemeier.

An die Rathausfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu Händen des Herrn Stadtrats Dr. Otto Driß.

Schon hört man in Seckenheim klagen:

„Ach lieber Mann Kemmerle, wärst Du doch noch Kultusminister!“

Wir aber fragen an dieser Stelle nur:

Wie oft wurde von der Stadtverwaltung in ähnlichen Dingen gegen die gesetzlichen Vorschriften gesündigt? Wieviel dies etwa in der Absicht, den auf dem Rathaus herrschenden

Bürgt die Stadt Mannheim für Russenaufträge?

Einige unserer Leser haben bei uns angefragt, ob es wahr ist, daß die Stadt Mannheim für Russenaufträge einer gewissen Firma die Bürgschaft im Betrage von mehreren Hunderttausend Mark übernommen hat. Da uns selbst davon nichts bekannt ist, wandten wir uns um Auskunft an unsere Stadtratsfraktion. Diese teilt uns mit, daß sie infolge der Schweigepflicht keine Mitteilung darüber machen kann, stellt uns aber den an anderer Stelle veröffentlichten Artikel zur Verfügung, aus dem unsere Leser den Standpunkt unserer Fraktion zu obiger Frage entnehmen wollen.

Feudenheim

Mißlungener Sprengungsversuch!

Am Freitag abend sprach an Stelle des verhinderten Vg. Prof. Banter-Heidelberg Vg. Cerff in der Sektion Feudenheim. Schon vor 8 Uhr war der große Saal gefüllt. Viele Sozialdemokraten und Kommunisten waren erschienen, denen man aber gleich die Absicht an ihren Gesichtern ablesen konnte. Kaum hatte die Versammlung begonnen, machten sich auch schon Störungen durch die „Genossen“ bemerkbar, denen eine sachliche, ruhige Auseinandersetzung nie angenehm ist. Als Vg. Cerff auf Karl Marx zu sprechen kam, warf einer der Hauptstörer ein Bierglas nach dem Redner. Das war für unsere SA, das Zeichen, diese Störenfriede hinauszujaßen. In wenigen Minuten war der Saal ausgeräumt. Unter den Nazis befand sich der satifam bekannte Prookateur Lehrer Lauble. Die Räumung vor dem Saale besorgte bereitwillig die Polizei!

Nachdem diese Störenfriede aus dem Saale waren, konnte die Versammlung in Ruhe zu Ende geführt werden. Vg. Cerff konnte vor etwa 300 Besuchern das Thema „Was will Hitler?“ eingehend behandeln. — Starker Beifall wurde dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen zuteil.

Montag, 2. November, 8.15 Uhr
Außerordentliche
General-Mitgliederversammlung
im „Großen Reperhof“ Qu 2.

Parteien keine Schwierigkeiten zu bereiten oder etwa aus... Unwissenheit? Wie verhält es sich im Falle der roten Turner, Herr sozialdemokratischer Oberbürgermeister?

Wie werden uns Antwort holen!

Unsere Notküche!

Vergangenen Freitag wurde in H 5, 9 die Notküche der Ortsgruppe Mannheim eröffnet, ein Zeichen tatkräftiger Opferbereitschaft unserer Parteigenossen und Anhänger. In zwei freundlich hergerichteten Räumen werden die Wahlleuten eingenommen. Jedes einzelne Essen ist so reichlich bemessen, daß auch der hungrigste Magen satt werden kann. Der Deutsche Frauenorden macht auch hier wie immer ganze Arbeit und betrachtet es als seine Pflicht, unsere armen Parteigenossen auch wirklich zu sättigen. Täglich werden etwa 50 bis 70 Mahlzeiten verabreicht.

Wenn wir weiterhin von den Freunden der Bewegung, hauptsächlich von den Landwirten, so unterstützt werden, wird es sicher möglich sein, im kommenden Winter viele Volksgenossen vor Hunger zu bewahren.

So hoffen wir, das Möglichste zu tun, um allen unseren treuen Mitkämpfern über die größten Sorgen hinwegzuhelfen. Allen, denen es möglich ist, uns zu unterstützen, bitten wir darum.

Bei diesem Hilfswerk muß sich die innere Kraft und der Gedanke der wirklichen Volksgemeinschaft der Bewegung erneut beweisen.

Hemsbacher Brief

Hemsbach hat nun einen Bürgermeister vom Ministerium auf 2 Jahre verordnet bekommen, und zwar den bisherigen Gemeinderat Weidenhammer, der für die SPD. im Wahlkampf um den Bürgermeisterposten kandidierte. Wir verzeichnen hier die merkwürdige Tatsache, daß die Regierung einen Bürgermeister, aus der Reihe der seiner Zeit aufgestellten Bewerber heraus, den Hemsbachern vor die Nase setzt. Das dürfte wohl noch nicht dagewesen sein. Weidenhammer ist Werkvertragssekretär, (bisher wenigstens) als solcher Mitglied der roten Vönggen-Versorgungs-G.m.b.H. und nunmehr Bürgermeister. Wir empfehlen ihm, einen Rückversicherungsvertrag mit dem Steinarbeiterverband abzuschließen, und sich hier eine Tür offen zu halten. Man muß mit allen Möglichkeiten rechnen. Wir sind auf dem Posten, Herr Weidenhammer!

Paroleausgabe

Ladenburg
Sonntag, den 1. November: Große Freiheitshundgebung in Ladenburg. Es sprechen: Leutnant a. D. Rubin und Kreisrat Platner-Karlruhe.

Weinheim
Der nächste Sprechabend findet am Freitag, den 30. Oktober 1931, abends 8.30 Uhr, bei Vg. Wegmann (Fihers Bier- und Weinstuben) statt.
Bitteabend für die Mitglieder der SA-Reserve.
Die Ortsgruppenleitung:
Der SA-Regimentsführer.

Theater

Im Nationaltheater:

Mittwoch, den 28. Oktober: Miets G 8 (mittlere Preise): In neuer Inszenierung: „Don Quixote“, Komische Oper von G. Donizetti. Anfang 8 Uhr.

Donnerstag, den 29. Oktober: Miets G 9, Sondermiets G 3 (mittlere Preise): „Larrikin“, Komödie von Mollère. Anfang 8 Uhr.

Freitag, den 30. Oktober: Miets F 8 (kleine Preise): „Wunder in Amerika“, Schauspiel von Ernst Toller und Hermann Kesten. Anfang 8 Uhr.

Im Ludwigsbafen im Hof-Balsh-Hofbau:

Donnerstag, den 29. Oktober: Für den Bühnenspielsbund die Jungtheatergemeinschaft (Operette): „Die Entführung aus dem Serail“, Komische Oper von Mozart. Anfang 8 Uhr.

Der Arbeiter im Betrieb

Gewerkschaft oder Partei?

Schluß mit den Parteisubventionen durch Gewerkschafts-Beiträge

Von Fritz Platner, Karlsruhe

Wenn die roten Bonzen, die Verräter an der Arbeiterklasse, nicht mehr ein und aus wissen in der Verteidigung gegen die Angriffe der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, dann greifen sie immer und immer wieder zu dem beliebtesten Mittel, uns als Gewerkschaftsfeinde hinzustellen. Damit soll vorgetäuscht werden, daß der Nationalsozialismus den Gewerkschaftsgedanken im Prinzip ablehnt, daß er die Gewerkschaften, die sich die Arbeiterklasse mit vieler Mühe und Not aufgebaut hat, zerschlagen wolle. Nichts ist widerständiger als das. Wer das Programm der NSDAP kennt, weiß, daß

mit keinem Wort von der Zerstörung der Gewerkschaften als Interessenvertretung des Hand- und Kopfarbeiters die Rede ist.

Das selbe gilt von der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation. Für uns, als Sammelboden aller nicht marxistisch denkender Arbeiter oder solcher, die angewidert gegen den andauernden Arbeitererrat, der SPD, den Rücken gekehrt haben, kommt eine Gewerkschaftsfeindschaft oder gar eine Zerstörung des Bestehenden nicht in Frage.

Schon deshalb nicht, weil wir uns als Nationalsozialisten darüber im klaren sind, daß auch in nationalsozialistischen Staaten der Arbeiter eine Organisation zur Vertretung seiner Interessen haben muß.

Sagt doch unser Führer Adolf Hitler in seinem Buche „Mein Kampf“ auf Seite 49:

„Wenn eine gewerkschaftliche Betätigung als Ziel die Besserstellung eines mit zu den Grundpfeilern der Nation gehörenden Standes im Auge hat und durchführt, nicht sie nicht nur nicht vaterlands- oder staatsfeindlich, sondern im wahrsten Sinne des Wortes „national“. Hilft sie doch mit, die sozialen Voraussetzungen zu schaffen ohne die eine allgemein nationale Erziehung nicht zu denken ist. Sie erwidert sich höchstes Verdienst, indem sie durch Beseitigung sozialer Krebsgeschäden sowohl geistigen als auch körperlichen Krankheitsserregern an den Leib rückt und so zu einer allgemeinen Gesundheit des Volkshörpers mit beiträgt. Die Frage nach ihrer Notwendigkeit ist also überflüssig.“

Damit ist der Vorwurf der Gewerkschaftsfeindschaft uns gegenüber mit aller Deutlichkeit, an der nicht gezweifelt werden kann, widerlegt. Kann eine Gewerkschaft sich höhere Ziele und Aufgaben stecken, als sie Adolf Hitler kurz und bündig niedergelegt hat? Zählt nicht der Hand- und Kopfarbeiter zu den wichtigsten Gliedern in Staat und Wirtschaft eines Volkes? Folglich wird und kann man diesem Stande nie und nimmer das Recht, sich zu organisieren, absprechen.

Über zwischen einer Organisation, die sich die Besserstellung des arbeitenden Standes zum Ziele gesetzt hat, und einer solchen, die das wohl von sich behauptet, aber nicht danach handelt, ist ein großer Unterschied. Eine solche Arbeiterbewegung, die wohl verspricht, doch nichts gehalten hat, sind die sogenannten „freien“ oder, besser bezeichnet, sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Die Aufgabe dieser Gewerkschaftsbewegung bestand schon seit ihrer Gründung im Prinzip darin, mehr oder weniger nichts anderes zu sein als die Zutreiberstelle zur SPD. Es wird und kann wohl von dieser Seite nicht bestritten werden, daß diese Gewerkschaftsbewegung von vornherein rein sozialdemokratisch eingestellt war, woran sich bis zum heutigen Tage nichts geändert hat. Dienten doch schon in der Gründungszeit dieser Richtung die damaligen Parteigänger „Der Sozialdemokrat“ und der „Volkstaat“ als offizielle Verbandzeitungen.

Erst das Sozialistengesetz, welches 1878 in Kraft trat, brachte rein äußerlich eine Umorganisation. Der eine Weg bestand in der Schaffung sogenannter Hamburger Kassen; das sind nach Industrie gegliederte freie Hilfskassen, die zum Teil heute noch bestehen. Der andere Weg der Neuorganisation der freien Gewerkschaften bestand, rein äußerlich gesehen, darin, daß man sogenannte Fachverbände gründete. Zu gleicher Zeit wurde auch für jeden Verband eine sogenannte Fachpresse geschaffen, die zum größten Teile nach dem Gewerbe, das sie vertrat, benannt wurde. Diese Organe bestehen heute noch zum größten Teil als die Organe der „freien Gewerkschaften.“

Zur noch besseren Vertuschung — wegen des Sozialistengesetzes — wurden gleichzeitig bei dieser Umorganisation Unterstützungsvereine in den Vordergrund geschoben. Schreibt doch der Sozialdemokrat und langjährige Vorsitzende des NSDAP, Legien, in seinem Buche „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“ selbst:

„Die Verbände bezeichneten sich als Unterstützungs-Verbände und vermieden äußerlich (!) aufs sorgfältigste, auch nur den Schein zu erwecken, daß zwischen ihnen und der Sozialdemokratischen Partei eine Solidarität bestehe.“

Auf dem Kölner Parteitag 1893 sagte Schippel von jener Zeit:

„Unter dem Ausnahmegegesetz aber, gerade in Berlin, wo ja die Lokatororganisationen noch heute ihre Hauptvertreter haben, mußten wir, da wir keine politischen Versammlungen haben konnten, die Gewerkschaften mit zur Erreichung politischer Zwecke benutzen.“ (Protokoll S. 207.)

So sehen wir also, daß die freien Gewerkschaften noch nie etwas anderes waren, als Zutreiber der Sozialdemokratie. Selbst nicht nur in idealer Hinsicht, sondern auch in materielle.

Wir wissen, daß bei fast allen Wahlkämpfen die freien Gewerkschaften als Geldgeber der Sozialdemokratischen Partei auftraten.

Dem System, daß Gewerkschaft und Partei eins sein sollen, gilt der schärfste Kampf der NSDAP.

Tatsache ist und bleibt, daß nicht die gesamte deutsche Arbeiterklasse politisch sich zur Sozialdemokratie bekennt. Diese Tatsache nun, daß in aller Öffentlichkeit immer und immer wieder erklärt wurde, daß freie Gewerkschaften und SPD. eins seien, hat uns auch veranlaßt, in allererster Linie gegen die Politisierung der freien Gewerkschaften Front zu machen.

Aus unserer Kampfstellung gegen die Politisierung der Verbände konstruiert nun der rote Partei- und Gewerkschaftsbonze den erlogenen Vorwurf, wir seien Feinde der Gewerkschaften überhaupt.

Es sei deshalb erneut in aller Öffentlichkeit festgestellt, daß, wenn wir nur den politisierten Gewerkschaften den Kampf

ansagen, wenn wir für Reinigung der bestehenden Zustände kämpfen, es nur ein verdorrtes Sozzengehirn fertigbringen kann, daraus eine Gewerkschafts-Feindschaft zu konstruieren.

Unser oberstes Ziel ist und wird bis zur Achse bleiben, aus den Gewerkschaften keine Partei, sondern eine wirkliche Ständevertretung zu machen.

Ein jeder ehrlich denkender Arbeiter und wirklicher Gewerkschaftler wird wohl oder übel auch einsehen und zugeben, daß dieses Ziel, das wir uns als Betriebszellenorganisation gesteckt haben, ein solch ideales ist, daß es sich schon verlohnt, in dieser Organisation mitzukämpfen. Schon deshalb, damit der Verräterpartei Sozialdemokratie langsam aber sicher das Rückgrat gebrochen wird zum Wohle, Segen und Nutzen der deutschen Arbeiterklasse. Darum auf zum Kampfe, die Zähne zusammengebissen, allen Verteufelungen zum Trotz den Aufnahmeheldern ausgefüllt. Wo der Betriebszellenwart nicht bekannt ist, Anfragen an die Gaubetriebszellenabteilung, Karlsruhe, Kaiserstr. 133, gerichtet.

Tritt gefaßt, die Arbeiterbataillone marschieren nicht mehr zur Sozialdemokratie, der morschen Brünning-Stütze, sondern in scharfer Schwemkung zu Adolf Hitler, dem Retter des deutschen Volkes.

Erkennt die Bedeutung des Liedes, das so mancher Arbeiter im Braumheind auch vorgesungen hat:

Brüder aus Irden und Gruben,
Brüder wohl hinter dem Flug,
aus den Kontaren und Stuben,
folgt Adolf Hitlers Ruf!

Die Ministerpension von Adam Remmele, M.d.R.

Herr Adam Remmele ist gekränkt worden. Beweis: Seine Antwort in der „Volksstimme“ Nr. 277 mit der Überschrift „Meine Ministerpension“. Ja, Herr Remmele, Ihre Ministerpension war es, die wir dem faulen, hungernden und notleidenden Volke zur Kenntnis brachten. Sie, Herr Remmele, meinen nun, daß wir von einem treuen Staatsbeamten die Durchsicht des Besoldungsbogens erhalten hätten. Zu Ihrer persönlichen Beruhigung, damit Ihre Gesundheit nicht auch wegen über Nachrede Schaden erleidet, sei Ihnen erklärt, daß dort, wo unsere Nachrede herkommt, wirklich ein treuer Staatsbeamter sitzt, nämlich im Finanzministerium in der Person des Finanzministers selbst. Nach dieser Auskunft beträgt Ihre Ministerpension wirklich netto 778.— RM.

Wenn man nun Ihre Aufstellung liest, so könnte es den Anschein erwecken, als ob unsere Aufstellung nicht richtig sei. Von etwas unterschlagen haben, kann deshalb keine Rede sein, es sei denn, Sie wollten die Auskunft des Finanzministeriums derart verdächtigen, woor wir jedoch wegen der Notverordnung dringend warnen müssen.

Da aber schon einmal etwas von Unterschlagung geredet wird, sei hier nochmals die Aufstellung gemacht, so wie diese seitens eines Finanzministers gegeben wurde:

Pension monat. brutto	907.— RM
davon ab Gehaltskürzung	100.29
davon ab veranlagte Steuer	2.85
davon ab Lohnsteuer	55.80
Netto monat. 778.06 RM	

Nationalsozialisten! Aufruf! Sympathisierende!

Arbeiter in den Betrieben!

Wieder einmal hat der Nationalsozialismus bewiesen, daß ihm die Zukunft gehört. In Hamburg und Anhalt haben sich erneut Zehntausende werkschaffender Menschen zur Freiheitsarmee Adolf Hitlers bekannt. Immer mehr und mehr frisst sich die „Nazipest“ in Deutschland durch, bis sie endlich Abrechnung mit den Feinden halten kann.

Auch auf die Betriebe muß ein Sturm größter Ausmaße einsetzen. Es gilt den Marxismus endgültig niederguringen. Die NSDAP. erklärt daher den November zum Kampfmonat ersten Ranges und hat sich folgendes Ziel gesteckt:

- 25000 neue Mitlieder!
- 1200 neue Betriebszellen bzw. Stützpunkte!
- 15000 neue Ortsgruppen-Betriebswarte!
- 1500 neue „Arbeiterturn“-Lese!

Nationalsozialisten! Vorwärts! Sympathisierende!

„Jeder Betrieb eine Burg des Nationalsozialismus!“

Treibt auch in Baden unsere Bewegung vorwärts!

Gau-Betriebszellenleitung der NSDAP.

Sie hingegen, Herr Remmele, machen eine andere Aufstellung. Diese ist für uns solange nicht maßgebend, solange vom Finanzminister keine andere Aufstellung gegeben wird.

Was uns von einem Finanzminister als Auskunft gegeben wurde, trägt amtlichen Charakter, wogegen eine Privataufstellung nicht angehen kann. Also bleibt es bei unserer Behauptung.

Soweit einmal die rein formale Angelegenheit. Um nun zu Ihrem persönlichen Gejammer zu kommen, Herr Remmele! Während Ihrer Ministerzeit bezeichneten Sie einmal, laut Landtagsprotokoll, unseren Vg Prof. Kraft als einen „unerschämten Kerl“. Wir wollen das nun bei Ihnen nicht tun, sondern nur die Frage aufwerfen, ob Ihre Höflichkeit, Anständigkeit und politische Ehrlichkeit sich darin erschöpft, daß Sie behaupten, die nationale Opposition habe dafür gesorgt, daß von Ihrer Ministerpension wenig verbliebe, weil diese daran schuld sei, daß Ihre Frau heute auf der Illenau sei. Wollen Sie wirklich uns Nationalsozialisten, die wir auch zur nationalen Opposition gehören, etwas derartiges glauben machen? Um ehrlich zu sein, hätten Sie diesen Vorwurf besser zurück-

Somit haben wir also doch Recht gehabt, wenn wir in unserem Artikel schreiben:

„Dieses Beispiel der Verwirklichung sozialdemokratischer Parolen dürfte für sich sprechen, aber auch so manchem Arbeiter und Angestellten die Augen öffnen.“

Die von der verlogenen Sozialdemokratie können heute schreiben, reden und machen, was sie wollen, es wird nichts mehr nützen. Der zweite Mann ist fortmarschiert zu Hitler, deswegen schlägt die SPD. solange es geht, das Kabinett von Brüning. Doch ehernes Naturgesetz ist, daß jede Stütze, die schon anfaut und morsch ist, einmal zusammenbrechen muß. So ist auch jetzt die Zeit da, zu der alle sozialdemokratischen Unwahrheiten nichts mehr nützen, alles Schreien, als ob wir die Großpensionäre, Tariffeinde, Inflationsschmerz, Lohnräuber und Gewerkschaftsfeinde seien, beim Arbeiter abprallen wird. Das Erwachen des schaffenden Volkes kommt. Dafür kämpft der deutsche Arbeiter heute, doch nicht unter dem Geßel der verlogenen Internationale, sondern unter dem Rufe:

Deutsche Arbeiter, erwacht!

Stä

Die Nach- oder Nichtzahl- gegangenen sind, sogenannten N der heutigen ist bekannt, d von Millionen gestellt hat. 2 Gelder sollen i Unternehmen auf die Prin nur gegen ein Haftung der i genügt ihnen v großenteils der hat die deutl jedem Ruffeng sagt sich, daß ungeheuerer A meinden in be grad der Indu und demzufolg sollen. Es ste und Monaten aufträgen beda

angezogen w bereits deutlic hasten, daß N

Tritt die unsere Gemein eine derartige Abstimmung f dazu zwingen, wissen, daß m Abstimmung zu Haltung begrit

Es kann Mittel Gefahre in derart frag unseres Eracht haatlichung de oater Kredit!

Wir

Sowjetruß in den kapital für etliche Mil mit zwei- und gezwungen, in auszuführen, n menigen Deut Staaten mehr diese Staaten menbige Einfa jhränken und

Dazu kom spielsweise E wird nicht me berigen Ausflu es bel seinen wäre, zu steig fähig sein, die versuchen, sie i lichen Artikel Zentrumspartei gierungsseite s „Germania“ n Schließlic erklären, daß zahlen, sondern Gläubigerstaate kieren wollen, zu nehmen. D Interesse der I dielmehr zur V Staaten führen bedeutet aber

Univerfum Bildstreifen wa schlichten des des Heidenring Coronel — Gleich Lichtstr die Taten un und Mannschaf in Ehrfurcht be Gange. Und f lag trotz des und Eisenpiltt trotz der glerig Opfer forderie, entmutigt, nich mehender Flag Des ist un b

So entrol der Untergang den Falklands- gerrak. Bilder Volkes Jugend Nach steu aus ist fast k Augen sorgen ist von träden Rebel, das wi Doch bald wir es muß klar

Städtische Bürgschaften bei Rüssengeschäften

(Stellungnahme unserer Bürgerausschussfraktion)

Die Nachrichten, die in letzter Zeit über die Zahlungs- oder Nichtzahlungsfähigkeit Rußlands durch die deutsche Presse gegangen sind, veranlassen uns, unsere Stellungnahme zu den sogenannten Rüssengeschäften unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse klar und eindeutig festzulegen. Es ist bekannt, daß das Reich in den letzten Jahren hunderte von Millionen Mark für russische Aufträge zur Verfügung gestellt hat. Die Mittel des Reiches sind erschöpft. Neue Gelder sollen nicht mehr bereit gestellt werden. Die deutschen Unternehmen sind nunmehr in der Frage der Kreditvermehrung auf die Privatbanken angewiesen. Diese jedoch stellen Geld nur gegen entsprechende Sicherheiten zur Verfügung. Die Haftung der industriellen Unternehmen mit ihrem Vermögen genügt ihnen nicht mehr. Außerdem sind die deutschen Werke größtenteils bereits an den Banken verschuldet. Des Weiteren hat die deutsche Industrie keine Lust, das Risiko, das mit jedem Rüssengeschäft verbunden ist, allein zu tragen. Sie sagt sich, daß in einer Zeit, in der in Deutschland eine so ungeheure Arbeitslosigkeit herrscht, Reich, Länder und Gemeinden in besonders starkem Maße an dem Beschäftigungsgrad der Industrie indirekt finanziell interessiert sind und demzufolge auch einen Teil des Risikos tragen sollen. Es steht zu erwarten, daß in den nächsten Wochen und Monaten Länder und Gemeinden von der mit Rüssenaufträgen bedachten Industrie um die

jeden Fall ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil der Beträge, die Rußland anderen Staaten schuldet, verloren sein wird.

Die drohende russische Konkurrenz

In einer Zeit, in der fast in der ganzen Welt eine Ueberproduktion an Industrieerzeugnissen besteht, beabsichtigt Sowjetrußland diese Ueberproduktion noch zu vergrößern, indem es versucht sich im Fünfjahresplan eine mächtige Industrie aufzubauen. Dies ist umso merkwürdiger, als die Lebensfähigkeit Rußlands nicht abhängig ist von einer so weitgehenden Industrialisierung seines Landes. Im Gegenteil! Rußland wäre jederzeit in der Lage, die ihm fehlenden Industrieerzeugnisse gegen seine reichen Bodenschätze einzutauschen. In demselben Maße aber, in dem es sich dank der Kurzsichtigkeit anderer Staaten durch deren Zurverfügungstellung von qualifizierten Arbeitern jedes Verusages und durch Lieferung von Maschinen, Werkzeugen und dergl. eine eigene Industrie aufbaut, wird es die Einfuhr von Erzeugnissen seiner eigenen Industrie rücksichtslos unterbinden. Rußland ist das Land, das in einigen Jahren, vorausgesetzt, daß der Fünfjahresplan gelingt, sich von den anderen Staaten immer mehr abschließen und ausgesprochene Nationalwirtschaft betreiben wird. Die logische Folge davon wird sein, daß die Industrie anderer Staaten, deren Erzeugnisse vordem nach Rußland ausgeführt wurden, über kurz oder lang keine Möglichkeit mehr haben werden, nach Rußland zu exportieren. In die russische Konkurrenz wird sich aller Voraussicht nach sogar auf den Absatzgebieten des Ostens (China, Japan, Indien usw.) später empfindlich bemerkbar machen. Eine gesteigerte Arbeitslosigkeit, gerade im überblühenden Deutschland, muß die weitere Folge sein. Davor gilt es heute schon

Übernahme der Bürgschaften

angegangen werden. Länder und Gemeinden (das Reich hat bereits deutlich abgewinkt) sollen also der Industrie dafür haften, daß Rußland die gelieferten Waren auch bezahlt.

Tritt die Frage einer solchen Bürgschaftsübernahme an unsere Gemeindevorstände heran, so werden wir in jedem Falle eine derartige Vorlage ablehnen, und jeweils namentliche Abstimmungen fordern. Wir müssen die einzelnen Parteien dazu zwingen, Farbe zu bekennen. Dergleichen sollen sie wissen, daß wir sie zu gegebener Zeit wegen der Art ihrer Abstimmung zur Rechenschaft ziehen werden. Unsere ablehnende Haltung begründen wir folgendermaßen:

Allgemeines:

Es kann nicht Aufgabe einer Gemeinde sein, öffentliche Mittel Gefahren auszusetzen und privatwirtschaftliche Interessen in derart fragwürdigen Geschäften wahrzunehmen. Dies ist unseres Erachtens, solange die von uns längst geforderte Verstaatlichung der Banken nicht durchgeführt ist, Aufgabe privater Kreditinstitute.

Wie Rußland seine Wechsel einlösen?

Sowjetrußland hat in den letzten Jahren vornehmlich in den kapitalistischen Staaten Europas und Nordamerikas für etliche Milliarden Mark Industrieerzeugnisse gegen Wechsel mit zwei- und mehrjähriger Laufzeit gekauft. Rußland ist gezwungen, in steigendem Maße Erzeugnisse seines Landes auszuführen, um die zur Begleichung seiner Schulden notwendigen Devisen hereinzubekommen. Die in den vorgenannten Staaten mehr oder weniger herrschende Arbeitslosigkeit zwingt diese Staaten immer härter dazu, jede nicht unbedingt notwendige Einfuhr ausländischer Waren rücksichtslos einzuschränken und tunlichst Nationalwirtschaft zu treiben. Dazu kommt, daß die Entwicklung des Geldwesens (beispielsweise in England) zu einer erhöhten Konkurrenzfähigkeit anderer Staaten gegenüber Sowjetrußland führt. Dieses wird nicht mehr in der Lage sein, den Umfang seiner bisherigen Ausfuhr aufrecht zu erhalten, geschweige denn, wie es bei seinen stets wachsenden Verpflichtungen notwendig wäre, zu steigern. Rußland wird eines Tages nicht mehr fähig sein, die fälligen Wechsel einzulösen. Es wird zunächst versuchen, sie prolongieren zu lassen. (Vgl. einen diesbezüglichen Artikel der „Germania“, des führenden Organs der Zentrumsfraktion vom 21. Oktober 1931. Trotz des von Regierungseite erfolgten Denientis sind die Behauptungen der „Germania“ nicht von der Hand zu weisen.)

Schließlich wird Rußland nichts übrig bleiben, als zu erklären, daß es nicht in der Lage ist mit Devisen zu bezahlen, sondern mit Waren. Die sogenannten kapitalistischen Gläubigerstaaten werden, wenn sie ihr Geld nicht ganz verlieren wollen, gezwungen sein, russische Waren in Zahlung zu nehmen. Deren Einfuhr liegt jedoch größtenteils nicht im Interesse der Volkswirtschaft der Gläubigerstaaten. Sie muß vielmehr zur Produktionsbeschränkung in den Betrieben dieser Staaten führen, die diese Waren bisher selbst erzeugten. Dies bedeutet aber nichts Anderes als Arbeitslosigkeit. — Auf

Schwetzingener Brief

Zentrumsversammlungen — SPD-Spaltpilze und sonstige Dinge

Die angekündigte Aufklärungsreise von Zentrums Gnaden macht auch vor Schwetzingen nicht Halt und so konnte man staunend in der Schwetzingener Zeitung lesen, daß sogar ein Landtagsabgeordneter, zwecks Aufklärung der schwarz-roten Koalition, erscheinen sollte. Er erschien auch, fand aber zu seinem Entsetzen den Versammlungsraum kurz vor Beginn der Versammlung nur mit leeren Stühlen besetzt. Es war dann auch nicht verwunderlich, daß sich so nach und nach nur ca. 50 Zuhörer einfanden, eine Besucherzahl, die, im Vergleich zu den Wahlstimmen, als geradezu kläglich bezeichnet werden muß. Der Versammlungsleiter, der „verdient“ volle Zentrumsführer und stellvertret. Bürgermeister (hoffentlich wird seine Vergütung für diesen Posten nun endlich auch durch einen starken Abstrich geregelt), schon den schlechten Besuch auf das schöne Wetter, ein Diskussionsredner meinte gar der Namenstag von Hochwürden sei daran schuld, weil da viele Frauen hingegangen seien. Auf gut deutsch, die Männer mühten zu Hause die Kinder hüten! Ein anderer Diskussionsredner trat aber den Nagel auf den Kopf mit der sicherlich einzig richtigen Behauptung,

daß die Feindhunde dem Zentrum, dank der für unser Volk so verderblichen, marxistenfreundlichen Politik, endlich den Rücken gekehrt haben.

Auf die Ausführungen des Redners, die ohne Sinn und Inhalt die Zentrumspolitik zu verteidigen suchten, erübrigt es sich einzugehen. Einige Zwischenrufe eines Zuhörers, der anscheinend mit dem Zentrumskurs nicht zufrieden war, schaffte bei dem Redner und den Zuhörern eine reichlich nervöse Stimmung (vorsichtigerweise hatte man auch nur Mitglieder und Angehörige eingeladen), die anhielt, als ein Diskussionsredner Anschluß des Zentrums nach rechts forderte und sich Fragen bezüglich der schwarz-roten Beigemeinschaft erlaubte. — Die Versammlung verlief so jämmerlich, daß sogar die Schwetzingener Zeitung, die doch sonst über jede, auch nur kleinste Veranstaltung zu berichten weiß, sich restlos ausschloß. Nun, wir sind ja nicht so und haben den Bericht hiermit nachgeholt.

Die Reichstropfenpolitik des Zentrums läßt auch in Schwetzingen die Anhängerfraktion kleiner und kleiner werden.

den deutschen Arbeiter zu behüten. Man sage nicht, das alles sei sehr problematisch und liege noch in weiter Ferne. Das Beispiel Amerikas, das infolge des Weltkrieges die Möglichkeit hatte, sich ungehindert eine ungeheure Industrie aufzubauen, sollte uns zu denken geben. Für den Fall, daß die Waren der Firma, für welche eine Bürgschaft übernommen werden soll, nicht zur Einrichtung und zum Aufbau eines russischen industriellen Eigenbetriebes dienen können, gilt das unter „Allgemeines“ und unter „Bezahlt Rußland seine Schulden?“ Gesagte.

Widerlegung von Gegenargumenten.

Die Tatsache, daß die Banken, zu deren Aufgaben doch die Übernahme von Bürgschaften gehört, nicht gemillt sind, für Aufträge der sowjetrussischen Handelsvertretung zu haften, sollte jeder deutschen Gemeinde an sich schon Grund genug sein, auch ihrerseits die Bürgschaftsübernahme abzulehnen. Ein etwaiger Hinweis darauf, daß im Falle der Ablehnung für einen Teil oder gar die gesamte Belegschaft der betr. Firma keine Arbeit mehr vorhanden sei, darf nicht ausschlaggebend sein. Die vorstehenden Ausführungen beweisen, daß es dann immer noch besser wäre, den Arbeitern und Angehörigen der Firma das Geld, mit dem die Gemeinde durch die Bürgschaftsübernahme haften soll, zu schenken. Man läuft dann wenigstens keine Gefahr, daß es unserer Volkswirtschaft verloren geht.

Ein weiterer zu erwartendes Gegenargument, daß die Gemeinde nach menschlicher Voraussicht dank der zu treffenden Sicherungen für die Bürgschaft nicht in die Lage kommen wird, bezahlen zu müssen, ist auch nicht stichhaltig. Ob das Geld dem Reich, dem Land, der Gemeinde oder schließlich einer deutschen Firma verloren geht, immer wird es der deutschen Volkswirtschaft verloren sein und schließlich wird zur Abdeckung des Schadens immer der Steuerzahler herangezogen werden.

Aus diesen Gründen ist eine Bürgschaftsübernahme für Rüssenaufträge abzulehnen.

Wäge jeder Katholik die Kampfschrift von Pfarrer Senn und das Manifest des katholischen Schriftstellers Runo Brombacher durchlesen und wir glauben kaum, daß er dann noch einmal dem Zentrum seine Stimme gibt. —

Auch bei uns in Schwetzingen sind — wir verhehlen unsere Genugtuung darüber nicht — „Spalter“ der SPD, bei der Arbeit, brachte es doch der hiesige Reichsbananenführer fertig, als Spiegel zur Gründungsversammlung der Opposition nach Berlin zu fahren, um dann, unter kräftiger Betonung der Bözerei bei seinen ehemaligen Genossen, mit großem Pathos zur SPD. überzutreten. Wir erinnern uns da an eine der letzten Bürgerausschüttungen, in der dieser Genosse als Fraktionsredner der SPD, nach einem Redebüchlein mit dem SPD-Führer behauptete, in der Kommunistenfraktion seien weiche, deren moralischen Qualitäten es keineswegs zuließen, Gemeindevorsteher zu sein. Sie kennen doch das Sprichwort von den Brüdern mit den gleichen Kappen, Herr Genosse von der Spaltpartei! Da auch noch von weiteren Abtrünnigen gemunkelt wird, eine Gründung der Opposition soll auch hier bevorstehen, so versucht man in Mitglieberversammlungen der Reichsbananen und SPD, die Genossen bei der Stange zu halten. Zu letzterer erschien sogar persönlich Minister a. D. Genosse Kemmel, der wieder so langsam zu seinen kleinen Drogen zurückkehrt. Ob die Antwort bezüglich Ministergehälter den neugierigen Genossen, der eine diesbezügliche Anfrage stellte, restlos befriedigt hat? Oder ob der Wissensdürstige an den Auspruch des Obergenossen dachte, und zwar zu der Zeit, als er noch am Ministerfessel liebte, der bei der Durchberatung unseres Antrages auf Herabsetzung der Ministergehälter auf RM 12.000.— besagte, daß der Herr Ministergenosse für dieses Geld nicht arbeiten könnte? Darüber schwieg sich aber der Herr Oberbönze restlos aus. —

Auch eine Erwerbslosenversammlung war von kommunistischen Agitatoren einberufen worden und die Beschlüsse und Forderungen sind voll und ganz dem kommunistischen Programm angepaßt, unerfüllbar in weitaus den meisten Punkten. Es ist bedauerlich, daß ein Teil der Erwerbslosen sich noch zu solchen Dingen mißbrauchen läßt. Rebo.

Film

Universum: „Die Seeschlachten des Weltkrieges“. Ein Bildstreifen war es, der uns am Sonntag vormittag die Seeschlachten des Weltkrieges verlebendigte. Aus den Jahren des Heidenringens unserer Marine tauchten Namen auf wie Coronel — Falklands-Inseln — Skagerrak. Gleich Lichtstrahlen in dunkler Nacht beleuchtete der Film die Taten unserer „Blauen Jungen“, zeigte, wie Offiziere und Mannschaften Leistungen vollbrachten, vor denen wir uns in Ehrfurcht beugen müssen. Alles fürs Vaterland, alles fürs Ganze. Und so sahen wir, wenn es an Sterben ging, dann lag trotz des grauenvollen Tötens der Schlacht, trotz Blut und Schienplütern, trotz giftiger Gase und kochender Dämpfe, trotz der gierigen, kalten, unbarmherzigen See, die ihr sicheres Opfer forderte, ein innerer Friede über den Kämpfern. Nicht entmutigt, nicht gebeugt den Sieg ihrer Taten fühlend, mit wehender Flagge geht es in die dunkle Tiefe des Meeres. Das ist unbesiegt.

So entrollt sich die siegreiche Schlacht bei Coronel, so der Untergang des Geschwaders des Grafen von Spee an den Falklands-Inseln und die gewaltige Seeschlacht am Skagerrak. Über von überwältigendem Eindruck. Unseres ganzen Volkes Jugend hätte sie sehen müssen.

Nach steuert unser Staatsstift in dieichten Nebel, voraus ist fast kaum etwas zu erkennen, ob auch Millionen Augen sorgen und hinaussehen, selbst die holze Flagge ist von trägen Nebelschwaden bedeckt. Sturm ist besser als Nebel, das wissen wir Kämpfer vom Hakenkreuz am besten. Doch bald wird und muß sich dieser Nebel verflüchten und es muß klar und sichtbar werden. Dann wird auch die in

bunkler See ruhende deutsche Flotte bereinst zum neuen Licht, Leben und frohen Taten erwachen.

Schwaburg: Panik in Chicago. Chicago, die Stadt der Verdrehen, ist der Schauplatz blutigster Kämpfe der organisierten Verbrecherbanden untereinander. Brutal verfolgt jede Bande ihr Ziel — Reichtum. Kein Hindernis darf sich in den Weg stellen. Kalt, erbarmungslos wird es sonst beseitigt. In diesem Milieu spielt sich die „Panik in Chicago“ ab. Der Konkurrenzkampf zweier Bandenführer scheint über den Tod des einen gehen zu wollen. Lange befindet sich wenigstens der Besucher in diesem Glauben — bis er sich getäuscht sieht. Nach langem Umherirren wird das Rätsel durch einen findigen Polizeibeamten gelöst. Der Rörder ist ... Doch das mag der Besucher selbst herausfinden. Als zweiter Film läuft: „Der Held aller Mädchenräume“. Ein nettes Lustspiel mit dem Frauenliebhaber Harry Liedtke. Bezugsabend, unbesiegt in der Liebe erleidet er überraschend eine Niederlage. Doch alles wendet sich wieder zum Guten, als er seine Herzallerliebste unter dem Bett findet.

Capitol: „Im Geheimdienst“. Während an den Fronten im Jahre 1917 der Kampf in seiner ganzen Wucht und Macht entbrannt war, erfolgte unter dem Reichshausier Bethmann-Hollweg ein Friedensangebot an die Feindstaaten. Mit Dohn und Spott lehnte die Entente jegliche Friedensverhandlungen ab, mußte der Feind doch zu genau, daß Amerika vor dem Eingreifen in den großen Weltbrand stand. In dieser Phase läßt der Regisseur Ulrich seinen großen Spionagemelodram beginnen. Das deutsche Generalkommando erfährt von einer geplanten Offensive der Russen. Der Spionageapparat wird in Tätigkeit gesetzt. In der Rolle eines amerikanischen Biakwirtsosens gelingt es einem Spion — aber das Ausland nach Petersburg zu gelangen, wo er durch seinen Konful Eingang in die höchsten Militärkreise Rußlands findet.

Der Kampf hinter den Fronten geht nun mit aller Raffinesse und Gefährlichkeit des Spionagewesens ein, gilt es doch, tausenden deutscher Soldaten das Leben zu erhalten. In Willy Fritsch als Spion und Brigitte Helm als Gemahlin eines russischen Generals hat der Regisseur zwei berufene Träger der Hauptrollen gefunden. Dazu ein interessantes Beiprogramm.

Palast-Theater: Das große Doppelprogramm „Harold halt Dich fest“ mit Harold Lloyd und der Abenteuer-Großfilm „Vier Federn“. Harold bietet dieses Mal wirklich eine gute Leistung. Wenn auch manches übertrieben ist, so entfesselt doch gerade diese Szenen die größte Heiterkeit. Im Gegensatz hierzu spielt sich in „Vier Federn“ ein Menschen-schicksal in allen Variationen wieder. Hierzu die gute Vork-Wochenchau und ein Kulturfilm.

Besucht die Lesehalle P 5, 13a.

Herausgeber und Verleger: Karl Leng, M. d. K., Heidelberg. Hauptgeschäftsführer: Dr. W. Kattermann. Verantwortlich für Innen- und Außenpolitik, Wobische und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Kattermann; für „Die engere Heimat“, „Abnebene und Bergstraße“, „Belagen und „Varoleausgabe“: Fritz Haas; für Anzeigen: Kurt Ditt; sämtliche in Mannheim. Anzeigen: Die neungespaltene Millimeter-Anzeigenzeile 8 Pf. Wiederholungsrabatte nach besonderem Tarif. Annahmestunde für Anzeigen: Dienstags und Freitags 9 Uhr. Zahlungs-, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Mannheim. Postfachkonto: 6775 Ludwigshafen. Buchdruckerei Schmalz & Laßinger, Mannheim.

